Stadt Wipperfürth

N I E D E R S C H R I F T

Sitzung:	Stadtrat II/14
Sitzungstag:	Dienstag, den 19.12.2006
Sitzungsort:	Ratssaal des Alten Seminars, Lüdenscheider Str. 48
Beginn:	16:00 Uhr
Ende:	18:55 Uhr

TAGESORDNUNG

1. Öffentliche Sitzung

1.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

1.1.1. Anerkennung der Tagesordnung

1.1.2. Einwohnerfragestunde

1.1.3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
Vorlage: M/2006/176

1.2. Anregungen und Beschwerden gemäß 24 GO NW

1.2.1. Verlängerung des Bürgersteiges der Von-Ketteler-Straße bis Einmündung Weststraße
Vorlage: V/2006/147

1.3. Genehmigung Dringlicher Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 GO NW

1.3.1. Ordnungsbehördliche Verordnung der Stadt Wipperfürth über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass am Sonntag, den 10. Dezember 2006
Vorlage: V/2006/146

1.4. Beschlüsse - entfällt -

1.5. Beschlüsse aufgrund von Ausschussempfehlungen

1.5.1. Beschluss der Haushaltssatzung 2007 mit Haushaltsplan und Anlagen
Vorlage: V/2006/134/1

1.5.2. XXII. Änderungssatzung zur Straßenreinigungs- und Gebührensatzung der Stadt Wipperfürth
Vorlage: V/2006/135/1

1.5.3. VII. Änderungssatzung der Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Wipperfürth
Vorlage: V/2006/136

1.5.4. X. Änderungssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Wipperfürth
Vorlage: V/2006/145/1

1.5.5. Prüfung der Jahresrechnung der Stadt Wipperfürth für das Jahr 2005
Vorlage: V/2006/132

1.6. Anfragen

1.6.1. Elternbeiträge für den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder;
Mederlet, Frank / SPD-Fraktion, vom 07.12.2006
Vorlage: F/2006/012

1.6.2. Sauberkeit der Stadt; Erfahrungen mit der Ordnungsbehördlichen Verordnung
Mederlet, Frank / SPD-Fraktion, vom 07.12.2006
Vorlage: F/2006/013

1.7. Anträge - keine -

1.8. Mitteilungen

1.8.1. Öffnungszeiten des Walter-Leo-Schmitz-Hallenbades und der Sauna
Vorlage: M/2006/177

2. Nichtöffentliche Sitzung - entfällt -

Stadt Wipperfürth

A N W E S E N H E I T S L I S T E

zur Sitzung des Stadtrates,
am *19.12.2006*
von *16:00* Uhr bis *18:55* Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Forsting, Guido		Bürgermeister

Ratsmitglieder

Ahus, Margit	CDU	
Billstein, Regina	SPD	
Blechmann, Karin	SPD	
Bongen, Hermann-Josef	CDU	
Brachmann, Peter	SPD	
Bremerich, Josef	CDU	
Büchler, Willi	CDU	
Clemens, Beate	CDU	
Frielingsdorf, Hans-Otto	UWG	
Funke, Jürgen	CDU	
Gehle, Lorenz	CDU	
Gottlebe, Joachim	SPD	
Grolewski, Joachim	UWG	
Grüterich, Norbert	CDU	
Höhfeld, Rolf	CDU	
Klett, Stefan	CDU	
Kohlgrüber, Gerd	CDU	
Koppelberg, Harald	UWG	
Kremer, Stephan	CDU	ab TOP 1.5.1, 16.15 Uhr
Lang, Uwe	UWG	
Mederlet, Frank	SPD	
Neuhaus, Ursula	Bündnis 90 / DIE GRÜNEN	ab TOP 1.5.1, 16.50 Uhr
Palubitzki, Lothar	CDU	
Pehlke, Michael Dr.	FDP	
Scherkenbach, Friedhelm	CDU	
Schmitz, Andreas	Bündnis 90 / DIE GRÜNEN	
Schmitz, Annekathrin	CDU	
Schmitz, Bernd	CDU	
Schneider, Eva	CDU	
Schüler, Heinz	SPD	ab TOP 1.5.1, 16.15 Uhr
Stefer, Michael	CDU	ab TOP 1.5.1, 16.15 Uhr

Stein, Günter	SPD	ab TOP 1.3.1, 16.10 Uhr
Wurth, Ralf	SPD	ab TOP 1.5.1, 16.10 Uhr

Verwaltungsvertreter/in

Barthel, Volker	intern	StBD
Hachenberg, Friedrich	intern	StOVR
Orbach, Kurt	intern	Stadtkämmerer
Willms, Herbert	intern	StAR
Wollnik, Lothar	intern	StVD

Schriftführer/in

Breuer, Reinhard	intern	StAR

Es fehlte:

Weingärtner, Bastian	CDU

1 Öffentliche Sitzung

1.1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister **Forsting** stellt fest, dass zur heutigen Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass der Rat beschlussfähig ist.

1.1.1 Anerkennung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird in der Fassung der Einladung einvernehmlich anerkannt.

1.1.2 Einwohnerfragestunde

Aus der Zuhörerschaft werden keine Fragen gestellt. Auch schriftliche Fragen waren vor der Sitzung nicht eingereicht worden.

1.1.3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse Vorlage: M/2006/176

Der als schriftliche Mitteilung vorliegende Bericht über die Durchführung der Beschlüsse wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

1.2 Anregungen und Beschwerden gemäß 24 GO NW

1.2.1 Verlängerung des Bürgersteiges der Von-Ketteler-Straße bis Einmündung Weststraße Vorlage: V/2006/147

Beschluss:

Die Anlage des Gehweges in diesem Bereich wird vom Rat der Stadt Wipperfürth begrüßt. Die Verwaltung wird beauftragt, die bestehenden Vorgespräche mit dem Grundeigentümer zu intensivieren.

Die Bürgeranregung wird zur weiteren Beratung und Entscheidung an den Bauausschuss verwiesen.
Der Antragsteller ist über den weiteren Verfahrensgang zu informieren.

****

Die Bürgeranregung sowie die Verwaltungsvorlage mit Beschlussentwurf hierzu waren Bestandteile der Einladung, auf die an dieser Stelle verwiesen wird.

****

Bürgerrmeister **Forsting** bestätigt auf Nachfrage des Ratsherrn **Koppelberg**, dass vor etwaigen Vorgesprächen zunächst geklärt werde, ob es sich bei der Verlängerung dieses Bürgersteiges um eine KAG-beitragspflichtige Maßnahme handelt.

1.3 Genehmigung Dringlicher Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 GO NW

1.3.1 Ordnungsbehördliche Verordnung der Stadt Wipperfürth über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass am Sonntag, den 10. Dezember 2006
Vorlage: V/2006/146

Beschluss:

Die am 05.12.2006 vom Haupt- und Finanzausschuss unter Tagesordnungspunkt 1.3.1 gefasste Dringliche Entscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW (= Beschluss der Ordnungsbehördliche Verordnung der Stadt Wipperfürth über das Offenhalten von Verkaufsstellen am Sonntag, den 10. Dezember 2006) wird gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 genehmigt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 6 Gegenstimmen

1.4 Beschlüsse - entfällt -

1.5 Beschlüsse aufgrund von Ausschussempfehlungen

1.5.1 Beschluss der Haushaltssatzung 2007 mit Haushaltsplan und Anlagen Vorlage: V/2006/134/1

Beschluss:

1.) Der von der Verwaltung in der Sitzung des Rates am 07. November 2006 eingebrachte Entwurf der Haushaltssatzung 2007 mit dem dazu gehörenden Haushaltsplan, dem Haushaltssicherungskonzept und seinen Anlagen wird beschlossen.
Die beigefügten aktualisierten Seiten des Stellenplanes*) sind Bestandteile der Beschlussfassung.
*) = siehe Anlagen zur Beschlussvorlage in der Ratseinladung

Abstimmungsergebnis zu 1.): einstimmig bei 2 Stimmenthaltungen

2.) Auf Antrag der Ratsfraktionen werden folgende Beschlüsse gefasst, die sich auf den Haushaltsplan 2007 beziehen:

Abstimmungsergebnisse zu 2.): siehe nachstehende Tabelle

Lfd. Nr.	**Haushaltsgliederung / Beschlusstexte**	Auf Antrag der Fraktion	Abstimmungs-ergebnis	Modifi-ziert in der Sitzung
Produktbereich 01 Innere Verwaltung				
	PG 01.01 Innere Verwaltung **P 01.01.01 Stadtrat, Ausschüsse und Ratsfraktionen**			
1.)	Die Fachausschüsse behandeln das Thema des demographischen Wandels und die sich daraus ergebenden Erfordernisse bei Bedarf unter den jeweils eigenen Gesichtspunkten. Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umweltschutz nimmt die Bündelungsfunktion wahr und bezieht dabei die Beratungsergebnisse der übrigen Fachausschüsse mit ein.	Grüne	einstimmig	ja
	PG 01.02 Baubetriebshof **P 01.02.01 Baubetriebshof**			
2.)	Die Ersatzbeschaffung des Kleintransporters Multicar wird zugunsten des Bauausschusses gesperrt. Dem Ausschuss wird die wirtschaftliche Notwendigkeit der Anschaffung dargestellt und evtl. preiswertere Varianten vorgestellt.	CDU	einstimmig en bloc mit 3.)	nein
3.)	Analog zum Thema Heizungssanierung wird die Aussetzung im Punkto Anschaffung von Fahrzeugen und Nutzfahrzeugen (siehe BBH) ausgesetzt. Hier soll der Rat bzw. HFA darüber Klarheit bekommen, welche Finanzierungsform die preisgünstigste ist. Hier sei ebenso die Käufergemeinschaft mit anderen Kommunen angesprochen, das Leasen über einen Drittinvestor (z.B. Stadtwerke, WEG...). Erst nach Klärung dieses Sachverhaltes soll die Freigabe der Investition erfolgen.	UWG	einstimmig en bloc mit 2.)	nein

Lfd. Nr.	**Haushaltsgliederung / Beschlusstexte**	Auf Antrag der Fraktion	Abstimmungs-ergebnis	Modifi-ziert in der Sitzung
	PG 01.03 Zentrale Immobilienwirtschaft **P 01.03.01 Verwaltung und Bewirtschaftung /** **P 01.03.03 Technische Betreuung**			
4.)	Die Verwaltung wird beauftragt, Kennziffern zu ermitteln, die Aussagen und Bewertungen über die Verbrauchsdaten in den Immobilien zulassen und unter dem Aspekt "Sparsame Bewirtschaftung / Energieeinsparung" Vorschläge über das zukünftige Vorgehen unterbreiten. Darüber hinaus wird die Verwaltung ermitteln, ob und unter welchen Bedingungen die Stadt Wipperfürth im Jahr 2007 zinsverbilligte Investitionsmittel aus Europa-, Bundes- oder Landesförderprogrammen in Anspruch nehmen kann zur Umsetzung geplanter Maßnahmen (Dach-, Fenstersanierungen etc). Dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt sowie dem HFA wird berichtet.	SPD	einstimmig en bloc mit 5.) und 6.)	nein
5.)	Ergänzung der Ziel-Beschreibung ZIW (S. 77) Ergänzend soll hier festgeschrieben werden, dass die ZIW die Betriebskosten überwacht und eine Betriebskostenoptimierung betreibt und den Rat der Stadt alljährlich darüber informiert. Hier sei exemplarisch die Vertragsanpassung bei den Gasheizungen genannt. Oder z.B. eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung bei der Optimierung von Beleuchtungstechniken, ähnlich wie bei der Straßenbeleuchtung.	UWG	einstimmig en bloc mit 4.) und 6.)	nein
6.)	Ergänzend zur Aufgabenbeschreibung: Die alljährliche Berichterstattung soll auch die Kontrollfunktion der Politik bestärken und die Ernsthaftigkeit des Themas unterstreichen. Für sämtliche städtische Gebäude ist eine Energiepass nach EnEV zu erstellen. Dies gibt dem Rat und der Verwaltung grundlegende Fakten in die Hand, an welchen Gebäuden welche Maßnahmen (Wärmedämmung, Fenster, Heizanlage) Energiekostensenkungen effizient und wirtschaftlich erzielt werden können.	UWG	einstimmig en bloc mit 4.) und 5.)	nein

Lfd. Nr.	**Haushaltsgliederung / Beschlusstexte**	Auf Antrag der Fraktion	Abstimmungs-ergebnis	Modifi-ziert in der Sitzung
7.)	Vor einer Sanierung der Heizungsanlage der Realschule stellt die Verwaltung im Bauausschuss dar, welche Möglichkeiten der Bündelung der Wärmeversorgung sinnvoll und machbar sind. So lange wird die Heizungssanierung ausgesetzt. Hier sollten zwei Punkte zuvor geklärt werden: a) Die öffentlichen Gebäude am Mühlenberg incl. Jugendherberge (Anne-Frank-Schule, WLS-Bad, Hauptschule, Realschule und ggf. Nikolausschule) sollen daraufhin untersucht werden, in wie weit eine zentrale Fernwärmeversorgung für diese Gebäude (oder teilweise) über eine Kraftwärmekopplungs-Anlage, kombiniert mit Solaranlagen (Thermo- oder Photovoltaik), kommunal betrieben, effizienter und wirtschaftlicher sein kann, als die heute vorhandenen und geplanten Anlagen. Solaranlagen könnten auf den Dachflächen der Schulen (nicht WLS) aufgebaut werden. (Dies wurde schon bei der Diskussion BHKW angesprochen) b) Sind Kundengemeinschaften für eine gemeinsame Ausschreibung zu finden, da z.B. zwei Kommunen die gleiche Sachnotwendigkeit haben? Erst nach Klärung dieser Sachfragen und der endgültigen Klarheit über die notwendige technische Lösung, ist die Freigabe der Investitionen zu beschließen, gleichwohl das die geplante Ausgabe in der Entscheidungskompetenz des Bürgermeisters liegt.	UWG	einstimmig	ja
8.)	WLS-Einbau Blockheizkraftwerk oder andere Alternative Abstimmung entfällt nach Beschluss unter 7.) mit Zustimmung der beantragenden Fraktion.	GRÜNE	./.	
9.)	Der Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN mit dem Inhalt „Parkplatzerwerb (S. 84) streichen“ wird mehrheitlich abgelehnt.		Mehrheitlich bei 2 Stimmen für den Antrag	
10.	Umsetzung des Energiegutachtens, weitere Energie-Sparmaßnahmen, Förderung durch die KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) oder Fördermaßnahmen der Bundesregierung, damit die steigenden Energiekosten aufgefangen werden können. Abstimmung entfällt nach Beschluss unter 7.) mit Zustimmung der beantragenden Fraktion.	GRÜNE	./.	

Lfd. Nr.	Haushaltsgliederung / Beschlusstexte	Auf Antrag der Fraktion	Abstimmungs-ergebnis	Modifi-ziert in der Sitzung
Produktbereich 02 Sicherheit und Ordnung				
	PG 02.01 Öffentliche Ordnung **P 02.01.01 Allgemeine Gefahrenabwehr** i.V.m. Produktbereich 06			
11.)	Die Verwaltung wird dem Jugendhilfeausschuss, gegebenenfalls ergänzend im Haupt- und Finanzausschuss, zur Problematik "Soziale Brennpunkte in Wipperfürth" über Entwicklung, aktuellen Sachstand und eventuelle Maßnahmen berichten. Eventuelle Zielformulierungen sowie Folgerungen und Konsequenzen nach Bericht.	SPD	einstimmig	ja
	P 02.01.05 Öffentliche Toilettenanlagen			
12.	Ziel neu (S. 97): Für die Bürgerinnen und Bürger wird in der Innenstadt eine öffentliche Toilette vorgehalten. Die Verwaltung wird beauftragt, im Zusammenhang mit der Überplanung des Bereichs Stursbergsecke den Bau einer behindertengerechten Toilette zu prüfen und gegebenenfalls andere Standorte vorzuschlagen.	SPD	mehrheitlich bei einer Gegen-stimme	nein
	PG 02.02 Straßenverkehrsangelegenheiten **P 02.02.02 Straßenverkehrsangelegenheiten**			
13.	Parkleitsystem: die Verwaltung wird beauftragt, Mittel für das vom SUB beschlossene Parkleitsystem durch Einsparungen an anderer Stelle zur Verfügung zu stellen. Die Maßnahmen des Parkleitsystems werden in der ersten Jahreshälfte umgesetzt.	CDU	einstimmig bei einer Enthaltung	nein
	PG 02.03 Brandschutz **P 02.03.01 Brandschutz**			
14.	Die Ersatzbeschaffung des MTF wird zugunsten des HFA gesperrt. Dem Ausschuss wird die wirtschaftliche Notwendigkeit der Anschaffung dargestellt und evtl. preiswertere Varianten vorgestellt.	CDU	einstimmig	nein

Lfd. Nr.	Haushaltsgliederung / Beschlusstexte	Auf Antrag der Fraktion	Abstimmungs-ergebnis	Modifi-ziert in der Sitzung
Produktbereich 03 Schulträgeraufgaben				
	PG 03.02 – 03.09 Grundschulen **PG 03.13 Alice-Salomon-Schule**			
15.)	Zielergänzung (S. 121): Die Realisierung der räumlichen und technischen Ausstattung weiterer Plätze der Offenen Ganztags-grundschule wird dem Bedarf entsprechend verwirk-licht.	SPD	einstimmig	nein
	PG 03.02 – 03.13 alle städtischen Schulen			
16.	Schulpsychologen oder -sozialarbeiter einplanen, wenigstens ab 2008	GRÜNE	Antrag zu-rückgezogen unter Hin-weis auf 20.	./.
Produktbereich 04 Kultur und Wissenschaft				
	PG 04.01 Kultur **P 04.01.01 Förderung kultureller Vereine und Ein-richtungen**			
17.)	Ziel Neuformulierung (S. 207): Unterstützung und Förderung des Kulturangebots der Stadt und der ehrenamtlich tätigen Vereine sicherstel-len.	SPD	einstimmig en bloc mit 18.)	
	PG 04.03 Stadtbücherei **P 04.03.01 Stadtbücherei**			
18.	Zielergänzung (nach Satz 1 S. 219): Im Vordergrund steht das Medium Buch.	SPD	einstimmig en bloc mit 17.)	
Produktbereich 06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe				
	PG 06.01 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe			
	P 06.01.01 Kindertagesstätten			
	P 06.01.02 Kinder- und Jugendarbeit			
19.	Neu Zielergänzung (S. 239): 1. Eine Reduzierung der Elternbeiträge bis hin zur Gebührenfreiheit mindestens im letzten Kinder-gartenjahr wird angestrebt. 2. Der Aufbau von unterstützenden Hilfen zur Ver-einbarkeit von Familie und Beruf außerhalb von Institutionen z.B. Tagesbetreuungsnetzwerk. Bisher 1. bis 4. wird dann neu 3. bis 6.	SPD	einstimmig	nein

Lfd. Nr.	**Haushaltsgliederung / Beschlusstexte**	Auf Antrag der Fraktion	Abstimmungs-ergebnis	Modifi-ziert in der Sitzung
20.	Zielergänzung (S: 239): 7. Im Rahmen präventiver Jugendsozialarbeit wird die begleitende Schulsozialarbeit mit Fachpersonal insbesondere an der Konrad-Adenauer-Hauptschule und der Alice-Salomon-Schule angestrebt.	SPD	einstimmig	nein
	P 06.01.04 Spielplätze i.V.m. PB 01.02 Baubetriebshof			
21.	Dem Bauausschuss wird ein Bericht zum Zustand (Gelände, Spielgeräte etc.) und daraus folgende Investitionsnotwendigkeiten der städtischen Kinderspielplätze bis Sommer 2007 vorgestellt.	SPD	einstimmig	nein
	Hinweis: Das KJP soll auf geeignete Weise einbezogen werden.			
Produktbereich 07 Gesundheitsdienste				
	PG 07.01 Gesundheitsdienste			
	P 07.01.01 Krankenhausinvestitionsumlage			
22.	Ziel neu (S. 251): Die Stadt fördert den Erhalt (Krankenhausstandort) und Ausbau der wohnortnahen gesundheitlichen Versorgung und Beratung für die Bürger.	SPD	einstimmig	nein
Produktbereich 08 Sportförderung				
	PG 08.01 Sportförderung und Sportstätten			
23.	Zielpräzisierung (S. 261): Unter Sicherstellung des Schulsports wird der ehrenamtliche Vereinssport unter Einbeziehung der koordinierenden Hilfe des Stadtsportverbandes gefördert. Die Übertragung der Hallenbewirtschaftung und Unterhaltung erfolgt bis 2009 auf die jeweiligen Sportvereine.	SPD	einstimmig	nein
	PG 08.02 WLS-Bad			
24.	Der Zuschussbedarf im HH 2007 beträgt ca. 685.000 €. Die Verwaltung wird beauftragt, nach Möglichkeiten zu suchen, wie die 2005 beschlossene Zuschussbegrenzung auf ca. 600.000 € im Jahre 2007 annähernd erreicht wird. Die Maßnahmen werden dem HFA in der ersten Sitzung 2007 zur Verabschiedung vorgelegt.	CDU	einstimmig en bloc mit 25. und 26.	nein

Lfd. Nr.	**Haushaltsgliederung / Beschlusstexte**	Auf Antrag der Fraktion	Abstimmungs-ergebnis	Modifi-ziert in der Sitzung
25.	Zielpräzisierung (S. 267): Das Walter-Leo-Schmitz-Bad wird zur Sicherstellung des Schulsports und des Schwimmen im Allgemeinen erhalten.	SPD	einstimmig en bloc mit 24. und 26.	nein
26.	Die Verwaltung wird beauftragt innerhalb der Produktgruppe WLS-Bad ein Betriebsmanagementkonzept vorzustellen, aus dem die Aufgaben von Sachentscheidungen und Vorhaben für die künftigen Jahre zu erkennen sind.	UWG	Einstimmig En bloc mit 24. und 25.	nein
	Hinweis zu 24.-26.: Einsetzung eines Unterausschusses WLS-Bad durch den SFK-Ausschuss sinnvoll.			
Produktbereich 09 Räumliche Planung und Entwicklung				
	PG 09.01 Räumliche Planung und Entwicklung			
	P 08.01.01 Stadt- und Raumplanung			
27.	Der nachfolgende Antrag wird abgelehnt: „Wenn überhaupt noch Neubaugebiete, dann gepflasterte Spielstraßen mit Tempo 30 Zonen einrichten“	GRÜNE	mehrheitlich bei 2 Stimmen für den Antrag	./.
Produktbereich 10 Bauen und Wohnen				
	PG 10.01 Bauordnung **P 10.01.01 Bauordnung/Bauaufsicht**			
28.	Zielpräzisierung/Ergänzung (S. 287): Schnelle Abwicklung von gewerblichen Baugesuchen im Sinne des in 2007/2008 umzusetzenden Serviceversprechens zur Mittelstandsfreundlichen Kommune, dies wird mittelfristig auch für private Bauvorhaben angestrebt. Zeilen 3, 4 und 5 der bisherigen Ziele entfallen damit.	SPD	einstimmig	ja
Produktbereich 12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV				
	PG 12.01 Straßen, Wege, Brücken **P 12.01.01 Gemeindestraßen**			
29	Siegburger-Tor-Straße: Die Mittel für die Böschungssicherung werden zugunsten des Bauausschusses gesperrt. Dem Ausschuss wird die Notwendigkeit der Maßnahme erläutert. Evtl. wird die Maßnahme gestrichen oder preiswertere Varianten vorgestellt. Die eingesparten Mittel werden für andere Vorhaben eingesetzt.	CDU	einstimmig	nein

Lfd. Nr.	**Haushaltsgliederung / Beschlusstexte**	Auf Antrag der Fraktion	Abstimmungs-ergebnis	Modifi-ziert in der Sitzung
30.	Querungshilfe Hochstraße: Die möglichen Varianten mit Kostenschätzungen werden dem ASU in der ersten Sitzung des Jahres 2007 vorgestellt. Nach der Entscheidung des Ausschusses für eine Variante wird die Maßnahme in 2007 durchgeführt. Die Verwaltung wird beauftragt, durch Einsparungen im Haushalt die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Eine Testphase sollte vor der endgültigen Realisierung durchgeführt werden.	CDU	einstimmig	nein
31	Gemeindestraßen: Die Stadt Wipperfürth gibt ca. 3240 €/km für Gemeindestraßen aus. Lindlar ca. 1977 €/km. Die Verwaltung wird beauftragt, anhand dieser Vergleichswerte zu überprüfen, ob die Kennzahlen im HH mit denen anderer Städte vergleichbar sind, ob andere Standards angelegt werden und ob evtl. Kosteneinsparungen vorgenommen werden können. Dem Bauausschuss werden die Ergebnisse mit möglichen Konsequenzen in der ersten Sitzung 2007 vorgestellt.	CDU	einstimmig	nein
32.	Zielpräzisierung (S. 335): Schaffung neuer und Erhalt vorhandener öffentlicher Verkehrsflächen mit Ausschöpfung der erforderlichen Anliegerbeiträge. Aufrechterhaltung der Verkehrssicherungspflichten durch den Bauhof sowie privater Anbieter.	SPD	mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen	nein
33.	Der nachfolgende Antrag wird zurückgezogen: „Kein Neubau oder Ausbau von Straßen, sondern die vorhandenen in Ordnung halten.“	GRÜNE	./.	./.
	P 12.01.02 Straßenbeleuchtung			
34.	Der nachfolgende Antragstext wird <u>im Sinne eines Prüfauftrags</u> an die Verwaltung beschlossen. Die Ergebnisse der Prüfung stellt die Verwaltung im Bauausschuss vor. „Die Straßenbeleuchtungsanlagen sind zu standardisieren. Für Neuerschließungen und Sanierungen von Straßenzügen soll die Kabelanlage so ausgerichtet sein, dass mind. zwei Leuchtergruppen schaltbar sind. Dies ermöglicht energiesparende Beleuchtungsverhältnisse und steuert zukünftigen steigenden Kosten entgegen, ohne dass Straßenzüge ganz abgeschaltet werden müssen. Ferner wird die Stadt beauftragt, die Machbarkeit und Umsetzung für spannungssenkende Techniken in Straßenbeleuchtungsanlagen zu prüfen. ...	UWG	einstimmig	ja

Lfd. Nr.	Haushaltsgliederung / Beschlusstexte	Auf Antrag der Fraktion	Abstimmungs-ergebnis	Modifi-ziert in der Sitzung
	Hier sei auf den Einsatz von zentralen Dimmern hingewiesen, die die Energiekosten senken und die Lebensdauer von Leuchtmitteln steigern. In Summe ist hierdurch eine bessere Betriebskostenbilanz zu erreichen. Auch besteht die Möglichkeit sich als Proband anzubieten, da die Technik erst im Ausbau ist. (Die Berliner Energieagentur hat hierzu einen anwendungsbezogenen und praxisorientierten Leitfaden erarbeitet, der vom Bundesumweltministerium und vom Umweltbundesamt fachlich begleitet wird).“			
	PG 12.02 Parkplätze **P 12.02.01 Parkplätze und sonstige Flächen**			
35.	Der nachfolgende Antrag wird abgelehnt: „Zielpräzisierung (S. 347): Schaffung neuer, dem Bedarf entsprechender innenstadtnaher öffentlicher Parkplätze, unter Einschluss des Neubaus einer Parkpalette und Unterhaltung vorhandener Einrichtungen unter Aufrechterhaltung der Verkehrssicherungspflicht.“	SPD	mehrheitlich	./.
36.	„Zielpräzisierung (S. 347): Schaffung neuer, dem Bedarf entsprechender innenstadtnaher öffentlicher Parkplätze und Unterhaltung vorhandener Einrichtungen unter Aufrechterhaltung der Verkehrssicherungspflicht.	CDU nach 35.	mehrheitlich	ja
	PG 12.04 Straßenreinigung			
37.	Zielergänzung (nach Satz 1 S. 357): Die Reinigung des öffentlichen Raums unmittelbar nach Ende einer Veranstaltung in der Innenstadt. Zusammen mit dem Arbeitskreis „Innenstadt“ ist unter Beteiligung des ESW dem Rat ein Konzept zur „Sauberen Innenstadt“ vorzulegen.	SPD	einstimmig	nein
	PG 12.05 ÖPNV **P 12.05.02 Bürgerbus und Kleiner Stadtverkehr**			
38.	Zielpräzisierung (nach Satz 1 S. 363): Förderung und bedarfsgerechter Ausbau des lokalen Stadtverkehrs mit dem Bürgerbus.	SPD	einstimmig	nein
Produktbereich 13 Natur- und Landschaftspflege				
	PG 13.02 Friedhöfe **P 13.02.01 Friedhöfe**			
39.	Zielergänzung (S. 379): „Das Erzielen gleicher Ausstattungsstandards auf allen Wipperfürther Friedhöfen wird angestrebt.“ Mit den Möglichkeiten, dieses Ziel umzusetzen, befasst sich der Bauausschuss.	SPD	einstimmig	ja

Lfd. Nr.	Haushaltsgliederung / Beschlusstexte	Auf Antrag der Fraktion	Abstimmungs-ergebnis	Modifi-ziert in der Sitzung
Produktbereich 15 Wirtschaft und Tourismus				
	PG 15.03 Märkte **P 15.03.01 Märkte**			
40.	Zielformulierung neu (S. 413): Der wöchentliche Markt in Wipperfürth ist zu erhalten und in seiner Angebotsvielfalt mit mindestens 10 weiteren Anbietern bis 2008 auszubauen.	SPD	einstimmig	nein

****

Die Fraktionsvorsitzenden **Kohlgrüber**, **Mederlet**, **Koppelberg** und **Neuhaus** halten jeweils für ihre Fraktion ihre Haushaltsreden, die als Anlagen 1 bis 4 beigefügt sind.

Haushaltsrede der CDU-Fraktion:	Anlage 1
Haushaltsrede der SPD-Fraktion:	Anlage 2
Haushaltsrede der UWG-Fraktion:	Anlage 3
Haushaltsrede der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN	Anlage 4

Stadtkämmerer **Orbach** teilt mit, dass die Stadt nach einem vor etwa drei Wochen bekannt gegebenen Erlass des Innenministeriums vom 9. Juni dieses Jahres weiterhin den bisherigen strengen aufsichtsbehördlichen Regeln für HSK-Gemeinden unterliege, dies trotz ausgegelichener Haushalte in den beiden nächsten Jahren. Das HSK müsse im Gegensatz zum Beschlussentwurf in der Vorlage mit beschlossen werden.

Anlage 1

CDU-Fraktion
Gerd Kohlgrüber
HH 2007

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Forsting,
sehr geehrte Ratsfrauen und Ratsherren,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

die Kameralistik ist Vergangenheit, die Doppik ist die Zukunft – jedenfalls in der Systematik des kommunalen Haushaltsrechts. Ob mit diesem Systemwechsel jedoch erkennbare Verbesserungen in bezug auf Klarheit und Wahrheit zu erreichen sind, wird sich noch zeigen. Was bleibt - kameral oder doppisch – sind Fehlbeträge des städtischen Haushalts. Auch wenn diese 2005 und wahrscheinlich 2006 auf Grund erheblich höherer Gewerbesteuereinnahmen deutlich unter den Ansätzen des Doppelhaushaltsplans 2005/06 liegen – nämlich 2005 ca. 6,2 Mio. € und 2006 voraussichtlich nur 2 Mio. € Unterdeckung - so hat sich an der finanziellen Situation Wipperfürths grundsätzlich nichts geändert. Die Gesamtverschuldung der Stadt wird Anfang 2007 14,7 Mio. € betragen. Bis zum Ende des HSK 2011 werden sich dann ca. 26 Mio. € ansammeln. Die Gesamtsituation ist - wie bei allen anderen Kommunen im oberbergischen Kreis und in NRW - katastrophal. Von einer kommunalen Selbstverwaltung kann man in den nächsten 10 Jahren nicht ausgehen. Die Gründe sind allgemein bekannt und in jedem Vorbericht der letzten 10 Haushaltssatzungen ausführlich nachzulesen - mit dem Unterschied, dass die Liste der dauerhaft belastenden Einflüsse jährlich länger wird und die Schulden immer höher werden. Es ist müßig, an dieser Stelle auf Altlasten von Rot-Grün in Düsseldorf oder Berlin zu schimpfen. Die politische Wirklichkeit zeigt, dass Schwarz-Gelb in Düsseldorf und Schwarz-Rot in Berlin zwar - wie alle bisherigen Vorgängerregierungen - gut gemeinte Reformen auf den Weg bringen, jedoch die kostspieligen Ausführungen meist den Kommunen obliegen und die geforderte Konexität ausbleibt. Der vermeintliche Kompromiss zwischen dem Bund und den Kommunen um Hartz IV hat das gezeigt. Die versprochene Kompensation der Mehrkosten blieb aus. Kreise und Städte bleiben auf erheblichen Mehrkosten sitzen. Für Wipperfürth sind das alleine jährlich 500.000 €. Man hat zur Zeit den Eindruck, als wäre der Bundespräsident der Einzige, den man als Fürsprecher der Kommunen bezeichnen kann, wie man bei der Ablehnung des Verbraucherschutzgesetzes sehen konnte.
Der Gestaltungsspielraum für Wipperfürth wird zwar, bedingt durch die andauernde schlechte Finanzlage, immer kleiner, jedoch nicht unmöglich, wie die in den letzten beiden HH-Jahren erfolgreich abgeschlossenen bzw. begonnenen Maßnahmen zeigen:
Bau des Feuerwehrgerätehauses Wipperfürth durch die WEG, Fertigstellung der Turnhalle Kreuzberg, Einführung der offenen Ganztagsschule an St. Antonius, St. Nikolaus und in Ohl mit teilweise erheblichen Umbaumaßnahmen im Jahre 2006, teilweise Abbau des Renovierungsstaus an unseren Schulen, Vernetzung der Schulen mit der dazugehörenden Betreuung, Erhalt des Standards unserer Gemeindestraßen, Sicherstellung des Schwimmens in Wipperfürth bei gleichzeitiger Verringerung des Zuschussbedarfs für das WLS-Bad durch einen vom Rat beschlossenen Maßnahmenkatalog, Einrichtung einer Stelle „Gewerbelotsin", Neuaufstellung des FNP, Beschluss zum Bodenmanagement, quantitative und qualitative Verbesserung der Parkplatzsituation, usw. Es sind zwar keine großen Würfe, jedoch sieht man, dass in finanziell schwierigen Zeiten kleine Schritte große Wirkungen haben können.

Grundlage des nach den Regeln des NKF aufgestellten HH ist die Eröffnungsbilanz der Stadt Wipperfürth. Diese ist zwar vorläufig, weil sie erst Ende 2007 bestätigt wird, jedoch enorm wichtig, weil die Bewertung des Gesamtvermögens die Höhe der Rücklage bestimmt. Nach den uns vorliegenden Zahlen ist die Verwaltung nicht der Versuchung erlegen, die Bewertungen so hoch vorzunehmen, um am Ende eine möglichst hohe Rücklage zu erzielen, aus der dann länger die notwendigen Defizitausgleiche getätigt werden können. Die uns vorliegende vorläufige Eröffnungsbilanz beschert der Stadt Wipperfürth nun doch eine Ausgleichsrücklage von ca. 8,8

Mio. €. Da hiermit der zu erwartende Fehlbedarf in 2007 von ca. 4 Mio. € und in 2008 von 4,7 Mio. € ausgeglichen werden kann, kommt die Stadt Wipperfürth nun in eine Lage, in der sie seit über 10 Jahren nicht mehr war: Sie hat zwei Jahre einen ausgeglichenen HH. Zwei Jahre nicht wirklich HSK-Kommune, sondern nur gefühlte HSK-Kommune zu sein, darf uns nicht glauben lassen, das NKF könnte uns nun auf Dauer finanzielle Flügel verleihen. Die Konsolidierungsmaßnahmen müssen auch in den nächsten Jahren konsequent weiter fortgesetzt werden.
Exemplarisch möchte ich die Dringlichkeit der Konsolidierung an einer Maßnahme darstellen. 2005 hat der Rat eine politisch richtige und wichtige Entscheidung zum Erhalt des WLS-Bades, aber auch zur Begrenzung des Zuschusses für das Bad auf 600.000 € getroffen. Die Planungen für 2007 sehen einen Zuschuss von 685.572 € vor. Bisher sind also Einsparungen von ca. 120.000 € erreicht worden. Das ist ein gutes, aber noch nicht befriedigendes Ergebnis. An dem Beschluss von 2005, das Bad zu erhalten, hat sich nach unserer Meinung nichts geändert. Da das gesteckte Ziel jedoch noch nicht erreicht ist, ist es die Handlungspflicht des Rates, die Verwaltung zu beauftragen, dem Rat Möglichkeiten vorzulegen, mit denen dieses Ziel der Zuschussbegrenzung auf 600.000 € in etwa erreicht werden kann. Ein entsprechender Antrag von uns liegt Ihnen heute vor. Die CDU-Fraktion erwartet, dass es schon im Jahr 2007 zu weiteren Einsparungen kommen wird. Die Veränderungen der Öffnungszeiten, wie sie heute unter dem TOP 1.8.1 mitgeteilt werden, sind zwar konsequent, reichen aber nicht aus. Handlungsbedarf ist notwendig, sonst handeln später andere für uns. Unser Hallenbad ist jedoch im Vergleich zu anderen kommunalen Bädern in der Region gut aufgestellt. Eventuell brauchen wir nur einen längern Atem. Schadenfreude ist zwar nicht angebracht, aber am Beispiel Kürten sieht man, dass das Lied von den zehn kleinen Negerlein Realität werden kann. Der IG-WLS ist zwar eine Vielzahl von Maßnahmen gelungen, die ebenfalls zur Minderung des Zuschusses beigetragen haben, aber - bei allem Engagement - nur durch solche ehrenwerten Aktionen lässt sich das Ziel nicht erreichen. Die Mitteilung in der heutigen Vorlage zeigt das ganz deutlich. Trotzdem ist die Arbeit und sind diese Aktionen für das Image des Bades von großer Bedeutung. Dem Verein sei dafür herzlich gedankt.

Trotz schwieriger HH-Lage wird die Stadt im kommenden Jahr mehr als 5 Mio. € für investive Maßnahmen ausgeben. Auf einige Maßnahmen möchte ich im Folgenden etwas ausführlicher eingehen. Die Mittel für den Grunderwerb steigen im kommenden Jahr um 100.000 € auf 250.000€. Da sich hinter diesem Mehrbetrag der mögliche Kauf eines Parkplatzes an der Dr.-Eugen-Kersting-Str. verbirgt, halten wir diese Erhöhung für dringend notwendig. Wir würden es begrüßen, wenn bis Mitte des Jahres eine Einigung erzielt werden könnte, um so die Parkplatzsituation im Innenstadtbereich noch mehr zu verbessern. Eventuell ist dann die zwar wünschenswerte, jedoch aus finanziellen Gründen zur Zeit nicht zu verwirklichende Parkpalette nicht mehr nötig. Dem gleichen Zweck dient die mit 150.000 € veranschlagte Summe zum Ausbau des Parkplatzes Ohler Wiesen. Wir erwarten, dass die Maßnahme zügig begonnen wird und der Platz nach Vollendung den gleichen Standard hat, wie der vor einigen Jahren sanierte Parkplatz an der Eugen-Kersting-Str., nämlich mit einer Schwarzdecke, einer Entwässerung und Beleuchtung. Nach Eröffnung der Drahtzieherei gewinnt dieser Parkplatz dann eine zusätzliche besondere Bedeutung. Dies hat zur Folge, dass der dann fertig gestellte Parkplatz eine andere Nutzung erfährt als der bisherige Festplatz. Hier erwarten wir von der Verwaltung Vorschläge, wohin die bisherigen Nutzungen, z.B. Zirkusveranstaltungen, LKW-Parkplatz, verlagert werden können. (Anmerkung: ein Festplatz für mehrere Gemeinden) Im Nachgang sollte nach unserer Meinung dann der Parkplatz Gartenstraße bewirtschaftet werden.

Für das vom Arbeitskreis erstellte und im Jahre 2007 zu realisierende Parkleitsystem fehlen im HH die notwendigen Finanzmittel. Hierzu wird die Verwaltung von uns beauftragt - nach genauer Kostenermittlung und durch Einsparungen an anderer Stelle - die nötigen Mittel für die Realisierung zur Verfügung zu stellen. Damit werden drei wesentliche Forderungen des GMA-Gutachtens schon im Jahre 2007 erfüllt: Schaffung neuer zentraler Parkplätze, Verbesserung der Parkplatzqualität und Verwirklichung eines Parkleitsystems. Dies zeigt, dass die Arbeit des Arbeitskreises sehr effektiv ist. Ich bin sicher, dass die auf der Agenda stehenden Themen, wie

Parkraumbewirtschaftung, öffentliche Toilettenanlage und Gestaltungssatzung, im kommenden Jahr ebenfalls erfolgreich abgearbeitet werden. (Anmerkungen zum Arbeitskreis!)

Die für die Böschungssanierung Siegburger-Tor-Str. bereitgestellten Mittel in Höhe von 77.000 € halten wir für unangemessen und beantragen, dass eine preiswerte Variante gesucht wird und die eingesparten Mittel für andere Maßnahmen eingesetzt werden, z.B für die nach Meinung der CDU-Fraktion dringend notwendige Querung auf der Hochstr. im Bereich der Volksbank. Dem SUB wurden im vergangenen Jahr verschiedene Varianten vorgestellt. Mittel stehen im Jahre 2007 im HH jedoch nicht zu Verfügung. Wir beantragen daher, dass der ASU sich für eine Variante entscheidet, die Kosten ermittelt werden und die Maßnahme durch Einsparungen an andere Stelle im Jahre 2007 verwirklicht wird. Eine Testphase wie beim Kreisverkehr Radiumstr./Bahnstraße können wir uns hier auch vorstellen. Wir werden ebenfalls die Entwicklung im Kreuzungsbereich Gaulstr./Langenbick nach Vollendung des neuen Parkplatzes am Berufskolleg sehr genau beobachten. Die Baumaßnahmen des Kreises, mit einem Volumen von 10 Mio.€, begrüßen wir ausdrücklich, da sie den Schulstandort Wipperfürth noch weiter stärken werden. Die Verbesserungen dürfen jedoch nicht zu massiven Nachteilen der Anwohner führen.
Die Mittel für die Ersatzbeschaffungen sämtlicher Fahrzeuge möchten wir zu Gunsten der zuständigen Ausschüsse sperren. Der Nachweis, dass der Neukauf in jedem einzelnen Fall die wirtschaftlichste Lösung ist, sollte vorher dem Ausschuss vorgelegt werden. Die Aussage, das Gerät ist abgeschrieben, hat jedenfalls nach unserer Meinung mit Wirtschaftlichkeit nichts zu tun. Außerdem liegt bei einigen Fahrzeugen das Alter erheblich unter der Nutzungsdauer, die bei der Bewertung des Vermögens für die vorläufige Eröffnungsbilanz zu Grunde gelegt wurde. Wir bezweifeln auch, dass die veranschlagten Mittel für diese Geräte sich im Laufe von 10 Jahren verdreifacht haben sollen. Hier muss im zuständigen Ausschuss auch über die nötigen Standards gesprochen werden.
Die Überprüfung der Standards sollte u. E. bei einem weiteren großen HH-Posten unbedingt zeitnah durchgeführt werden. Addiert man z.B. die bereitgestellten Mittel, so will die Stadt im Jahre 2007 ca. 1 Mio. € für die Unterhaltung und Sanierung von Gemeindestraßen ausgeben. Im Vergleich hierzu werden für Schulen gerade mal knapp 400.000 € ausgegeben. Diese Gewichtung und Wertigkeit ist an und für sich schon überprüfenswert. Vergleicht man nun einmal die Kennzahlen, und das ist das Neue am NKF - die Kennzahlen sollten mit anderen Kommunen vergleichbar sein - so stellt man fest, dass Wipperfürth ca. 188€/Einwohner und Lindlar nur ca. 165€ für Gemeindestraßen veranschlagt. Bezogen auf die Ausgaben pro km wird dieser Vergleich noch deutlicher, Wipperfürth: 3240 €, Lindlar: 1977 € pro Km. Wir haben den Eindruck, dass die Straßen in Lindlar nicht schlechter sind als die in Wipperfürth. Die CDU-Fraktion hält es daher für konsequent, dass die im HH ermittelten Kennzahlen nach dem NKF nun auch mit anderen Kommunen verglichen werden. Wir beantragen daher, dies am Beispiel der Gemeindestraßen zu untersuchen, um so zu Erkenntnissen zu kommen, was wir schon gut machen, was man allerdings auch besser machen kann; oder: sind die Standards angemessen, usw.. In den nächsten Jahren müssen andere Produkte ebenfalls verglichen werden.

Eventuell muss die Wertigkeit zu Gunsten der Schulen verschoben werden. Inwieweit sich die demographische Entwicklung und die nach den Prognosen des FNP vorhergesagten Zuzüge auf den Bestand und die Entwicklung der Schulen auswirken, ist schwer absehbar. Der neu aufzustellende SEP im nächsten Jahr wird hier eventuell Planungssicherheit geben. Ob die Abschaffung der Schulbezirksgrenzen hier besser oder schlechter ist, lässt sich zur Zeit noch nicht beurteilen. Für alle Schulen bleibt jedoch die Maxime: Der Standard der Schulen in Wipperfürth muss erhalten wenn nicht sogar verbessert werden. Wie notwendig das ist, sieht man im HH an den Rückstellungen im Wert von ca. 500.000 € für unterlassene Instandhaltungen an den Schulen aus den vergangenen Jahren. Wir als CDU-Fraktion werden auch weiter dafür arbeiten, dass die Schulen in einem ordnungsgemäßen Zustand bleiben und die schulische Versorgung gesichert ist, bei gleichzeitiger Berücksichtigung des Elternwillens. Dies in Einklang zu bringen ist nicht immer einfach bei klammer Kassenlage. Die erfolgreiche Einführung der OGT an verschiedenen

Grundschulen zeigt jedoch, dass das möglich ist. Die CDU wird jedenfalls das Thema Schule und Bildung im Jahre 2007 zum Hauptthema machen.

Wichtige Impulse für die Entwicklung Wipperfürths verspricht der im Jahre 2007 Rechtskraft erlangende FNP. Lassen Sie mich an dieser Stelle die außerordentlich gute Arbeit aller an den Beratungen und Erarbeitungen beteiligten Personen hervorheben. Das Ergebnis – fast 60 ha zusätzliche Wohn- und Mischbaufläche und fast 10 ha Gewerbefläche für die nächsten 15 Jahre - wird der Stadt auch weiterhin enormen Aufschub bereiten. Wir werden jedenfalls alles daransetzen, dass mit Hilfe des Bodenmanagements weiter kostengünstig in Wipperfürth gebaut werden kann. Ein Quadratmeterpreis von unter150 € macht Bauen in Wipperfürth weiterhin für junge Familien interessant.
Da auch die Gewerbeflächen im BA Klingsiepen II zur Zeit gut vermarktet werden, muss im Jahre 2007 dafür gesorgt werden, dass Klingsiepen III, evtl. auch schon IV in einem Zeitfenster von 2 Jahren der Vermarktung zur Verfügung stehen können.
Der sehr erfolgreichen Arbeit der WEG kommt an dieser Stelle wieder eine große Bedeutung zu. Die letzten beiden Jahre haben gezeigt, wie man frei von jeder Parteipolitik schnell und effektiv Bau- und Gewerbeflächen vermarkten und eine konstruktive Wirtschaftsförderung betreiben kann. Durch die guten Geschäftsergebnisse wird die Gesamtverschuldung der WEG sich in den nächsten Jahren weiter drastisch reduzieren.
Nach Rechtskraft des neuen FNP werden wir uns als Stadt zu den vielen Anträgen auf Aufstellung einer Außenbereichssatzung positionieren müssen. Dies wird um so schwieriger, da das Bundesverwaltungsgericht einige von uns bisher angelegte Kriterien, z.B. den der „Wohnbebauung von einigem Gewicht" auf eine bestimmte Anzahl von Gebäuden zu begrenzen, für nicht rechtsgültig erklärt hat. Die städtebaulichen Genehmigungs- und Ablehnungskriterien, nach denen wir bisher verfahren sind, müssen vollkommen neu überdacht werden. Dies macht es für uns nicht einfacher, zumal wir den Erhalt der einmaligen Kulturlandschaft, also Verhinderung der Zersiedlung, und das berechtigte Interesse der Bauwilligen in Einklang bringen müssen. Hier erwarten wir von der Verwaltung konkrete Vorstellungen. Wir können und dürfen uns m. E. nicht mehr hinter einem Gutachten verstecken.

Der Bürgermeister hat bei der Einbringung des HH deutlich darauf hingewiesen, dass mit der Umstellung auf das NKF auch eine neue Art der Arbeit im Rat beginnen sollte: Mehr an den Zielen, also Ergebnissen orientiert. Wir werden uns an dieser wichtigen Diskussion im nächsten Jahr rege beteiligen. Wir schlagen daher vor, dass wir uns in der nächsten Ratssitzung einmal ausführlich mit den Zielformulierungen, also mit dem vom BM vorgeschlagenen Masterplan, und mit den Kennzahlen der Produkte beschäftigen. Wohin wollen wir, dass sich unsere Stadt entwickelt? Welche Kennzahlen benötigen wir? Auf welche können wir verzichten? Welche sollen kurzfristig mit anderen Kommunen verglichen werden? Usw. ILEK und Regio 2010 sind zwar wichtige Maßnahmen, die das Bild Wipperfürths prägen können. Aber wir werden auch ein eigenes Profil, ein Leitbild entwickeln müssen. Im Konzert mit den anderen Kommunen müssen wir so aufgestellt sein, dass wir uns durch unsere eigene Ausrichtung attraktiv von den anderen Städten unterscheiden.
Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.
Dank an das Team der Kämmerei bei der Umstellung NKF.
Dank an das Team der Planungsabteilung bei der Aufstellung des FNP.
Dank an die gesamte Verwaltung, Bauhof, usw.
Dank an die engagierten Bürgerinnen und Bürger, ohne deren Engagement es nicht mehr geht. Die CDU vergibt deshalb traditionell den CDU-Bürgerpreis beispielhaft an einen Verein, der in den letzten Jahre außerordentliches Engagement gezeigt hat. Im Jahr 2007 erhält ihn der Förderverein Tschernobyl-Kinder in Petuchowka e.V..
Ich wünsche Ihnen allen ein ruhiges und besinnliches Weihnachtsfest und ein zufriedenes und gesundes Jahr 2007.

Frank Mederlet SPD Fraktion
Rede zum Haushalt 2007 Stadt Wipperfürth .- Rat 19.12.2006

[Es gilt das gesprochene Wort]

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Verehrte Kolleginnen und Kollegen,
Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Ich will zunächst mit einem Kompliment und ehrlichem Dank meiner Fraktion an das NKF Team der Stadtverwaltung beginnen.
Dass wir schon in diesem Jahr den Haushalt nach doppischem System beraten und verabschieden können, ist ihr Verdienst.
Sie haben durch ihren Einsatz auch bewiesen:
Leistungsbereitschaft, Teamgeist und Qualität sind in öffentlichen Verwaltungen keine Fremdwörter.

Andere Kommunen haben das Vorhaben der vorzeitigen NKF-Einführung noch schnell verschoben,
der Kreis, der eigentlich als Vorbild voran gehen sollte, steht noch in Lauerstellung.

NKF soll ja vieles leisten - vielleicht sollten wir in 3 Jahren einmal eine Zwischenbilanz ziehen und sehen was wirklich besser geworden ist

NKF - Ist eine Herausforderung für Rat und Verwaltung. Es wird darum gehen eben nicht nur über Kleinklein zu lamentieren, sondern den Prozess der Diskussion u die Verständigung auf Ziele zu organisieren.

NKF - Soll in der Perspektive mehr Transparenz und mehr Klarheit Schaffen, sowie Wirtschaftlichkeit und den Preis von Dienstleistungen sprich Verwaltungshandeln verdeutlichen
Und
Durch die Ermittlung von Kennzahlen die Vergleichbarkeit und Meßbarkeit von erbrachten Leistungen erleichtern

Zugegeben. Jedenfalls für meine Fraktion kann ich sagen, dass es noch einer gewissen Eingewöhnung bedarf sich mit und in dem neuen System zurecht zu finden.

Wichtig ist auch für die Zukunft die Begleitung durch die Verwaltung und ganz besonders die zeitnahe Vorlage eines qualifizierten und aussagekräftigen Controlling.

Hier Herr Bürgermeister Forsting können Sie beweisen, dass sie es ernst meinen mit der Teamarbeit mit dem Rat. Hieran jedenfalls könnten wir uns sehr schnell gewöhnen, an einen offenen Dialog und die rechtzeitige Bereitstellung von Informationen an den Rat.

Klar ist jedenfalls - NKF - ist keine Gelddruckmaschine

Die alten und bekannten Probleme bleiben bzw. treten noch deutlicher zutage:

- die Schulden sind immer noch da bzw. wachsen an
- es ist zu wenig Geld für zu viele Aufgaben vorhanden
- eine zufrieden stellende Neustrukturierung des Finanzausgleichs im Sinne der Kommunen ist immer noch nicht geschaffen
  (Anmerkung: nur gut, dass es die SPD gibt, sonst wäre die Gewerbesteuer von CDU/FDP längst auf dem Gabentisch vermeindlicher Liberalität verfrühstückt u das kommunale Finanzdesaster wäre noch größer)
- Aprospros Desaster- ich könnte ja jetzt seitenweise Herrn Kollegen Kohlgrüber zitieren wie er bis Ende 2004 kein gutes Haar an der rot/grünen Landespolitik gelassen hatte. Sie müssten sich heute permanent die Haare raufen, wenn sie an ihre Regierung dieselbe Meßlatte anlegen würden wie damals an rot/grün.

Denn:

im Ergebnis Ist der ländliche Raum, sind die kleinen Kommunen, der Verlierer schwarz/gelber Landespolitik.

Aber noch schlimmer: Das von MP Rüttgers ausgerufene Jahr des Kindes in NRW heißt in schwarz/gelber Lesart: Eltern mit Kindern werden zur Kasse gebeten.

Was unser Land halt braucht, ist mehr Kraft.

Und wenn ich dann noch an die Kreispolitik denke , ists schlecht bestellt um ihr Haupthaar Herr Kohlgrüber. Sie kommen aus dem Raufen nicht mehr raus. Die Entwicklung der Kreisumlage gibt mehr denn je Anlass zur Sorge, denn sie nimmt der Stadt die Luft zum atmen.

Aber genug von der überörtlichen Politik, hier vor Ort gibt's genug zu tun. Trotz Finanznot entlässt uns dies nicht aus der Verantwortung unseren Beitrag zur positiven Entwicklung der Stadt zu leisten.

Schwerpunkte der SPD

Lassen sie mich zu den Schwerpunkten kommen, die aus Sicht der SPD-Fraktion in den kommenden Monaten und Jahren zum Markenzeichen Wipperfürther Politik entwickelt werden müssen.

In unseren Anträgen zum Haushalt werden einige Aspekte deutlich, welche Schwerpunkte für uns unerlässlich sind, um Wipperfürth fit zu machen für die Zukunft.

Wir wollen eine moderne und zukunftsorientierte Stadt Wipperfürth

Eine liebens- und lebenswerte Stadt

Eine Stadt, in der sich Ältere ebenso wohl fühlen wie es Perspektiven für Familien mit Kindern gibt.

Wohnen und arbeiten in einer liebens- und lebenswerten Stadt

Wohnen und arbeiten in einer liebens- und lebenswerten Stadt ist das Ziel. Mit dem Grundsatzbeschluss zum Bodenmanagement und dem zügigen Prozess der Neuaufstellung des FNP haben wir bereits wesentliche Grundlagen geschaffen.
Der neue FNP, der in 2007 Gültigkeit erfahren wird, macht deutlich, dass Ökonomie und Ökologie keine Gegensätze sind. Schutz von Natur und Umwelt auf der einen Seite und Perspektiven zur Entwicklung gewerblicher und Wohnbauflächen gehören zusammen.
Wir haben die Dörfer nicht vergessen; begrenzt und wohl dosiert ist dort noch Entwicklung möglich.
Der Schwerpunkt aber der zukünftigen Entwicklung der Stadt - Wohnen und Arbeiten - ist zurecht eindeutig auf den ASB (Allgemeinen Siedlungsbereich) gelegt.
Perspektiven für bezahlbares Bauland sind geschaffen. Es liegt auch an der Wipperfürther Bürgerschaft ihren Beitrag hierzu zu leisten.
Und auch schaffen die Ausweisungen gewerblicher Flächen ein Entwicklungspotential, das erforderlich ist, um auch in Zukunft die Chance auf Arbeitsplätze in Wipperfürth zu wahren.
Der neue FNP ist auch Teil einer lokalen Wirtschaftspolitik, die die bisherigen Bemühungen, mit und in Ergänzung der Wirtschaft, verstetigt. Das ist gut so.
Im Produktbereichsbudget 15 (S.397) findet dies Ausdruck in der Zielsetzung Arbeitsplätze zu erhalten und bis 2011 um 100 zu erhöhen.

Wohnen und Einkaufen in Wipperfürth

Wipperfürth ist mittlere kreisangehörige Stadt und hat von daher auch Versorgungsfunktionen über die eigene Stadt hinaus. Was die Agentur für Arbeit und das Finanzamt angeht, stimmt dies auch.

Was die Bedeutung als Einkaufsstadt angeht , so sind wir durch das GMA Gutachten eines anderen belehrt worden. Aus unterschiedlichen Gründen ist es so, dass die Bedeutung von Wipperfürth im Umland gesunken ist. Und hier gilt es gemeinsam mit den Gewerbetreibenden, mit dem ESW, den Hauseigentümern und der Bürgerschaft gegen zu steuern und die Attraktivität von Wipperfürth zu steigern

Aus unserer Sicht sind vielfältige Maßnahmen erforderlich. Der Ideen Wettbewerb hierzu hat erst begonnen. Die SPD hat Vorschläge erarbeitet und wird im Arbeitskreis und im Rat und seinen Fachausschüssen für Mehrheiten werben.
Werben für mehr Mut und einen längeren Atem bei zukunftsweisenden Entscheidungen.
Ja wir halten es beispielsweise für möglich,

-> Teile der Unteren Straße u der Marktstraße zur Fußgängerzone zu machen
-> den Marktplatz saisonal vom Blech frei zu halten
-> Innenstadtnah mit einer Parkpalette mehr qualifizierte Parkplätze anzubieten
-> auf Parkgebühren ab bestimmten Zeiten zu verzichten
-> Leerstandsmanagement zu optimieren
-> die optische Verschönerung auch durch Begrünung zu verbessern

Unabdingbares Merkmal für eine attraktive Stadt ist für uns aber auch eine Saubere Stadt. Es ist eben keine Werbung für die Stadt, wenn viele Stunden nach Ende einer innerstädtischen Großveranstaltung immer noch überquillende Mülleimer und verdreckte Plätze das Stadtbild zieren. Deshalb gehört dieses Thema auch mit zu den Zielen, die wir uns als Stadt setzen müssen. Die Erarbeitung eines Konzeptes Saubere
Stadt mit den Geschäftsleuten wird von uns begrüßt. Eine saubere Stadt ist im Interesse aller und gehört zum Image und ist somit eben auch Werbung und Türöffner für unsere Stadt.

Unhaltbar ist für uns allerdings auch der Umstand einer fehlenden öffentlichen Toilette. In einer mittleren kreisangehörigen Gemeinde, die sich selbst das Prädikat Einkaufsstadt gibt, kann auf eine öffentliche Toilette nicht verzichtet werden.
Im Rahmen der Umplanung des Bereichs Stursbergecke ist die Integration einer behinderten gerechten Toilette zu prüfen und gegebenenfalls sind andere Standortvorschläge zu unterbreiten.

Zusammengefasst heißt das : Wir machen uns dafür stark, dass in Wipperfürth Alleinstellungsmerkmale, ja Leuchttürme der Attraktivität, Besonderheiten, entwickelt werden, die den Wipperfürthern Ihre Stadt attraktiver macht und die eben aber auch wieder die Chance auf mehr Kaufkraftbindung von außen in Wipperfürth bietet.

Viele Anstrengungen sind hier nötig. Am besten gemeinsam, alle Beteiligten ziehen an einem Strang, in dieselbe Richtung. Dass es geht, zeigt das Beispiel Parkleitsystem. Das Parkleitsystem ist endlich auf den Weg gebracht und wird 2007 verwirklicht. Ein Anfang ist gemacht. Weitere praktische, sichtbare Maßnahmen müssen folgen. Dennoch gilt Gründlichkeit vor Schnelligkeit.

Wipperfürth - Familienfreundlich - Perspektiven für Generationen

Wipperfürth war, ist und soll Schulstadt bleiben. Investitionen in die Chancen der jungen Menschen sind sinnvolle Geldanlagen und gehören ohne Zweifel zu den Prioritäten gerade unter finanziell schwierigen Finanzbedingungen.

Die Bereitstellung qualifizierter schulischer Bildungsangebote ist auch ein Beitrag, Wipperfürth - für Familien mit Kindern -attraktiv zu machen und zu erhalten. Ausflüge in die Bildungspolitik des Landes wären jetzt reizvoll, aber dem Weihnachtsfrieden nicht dienlich.

Ein breites Bildungsangebot, ergänzt um institutionelle Hilfen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, gehören zu elementaren Bestandteil einer lokalen Familienpolitik.

Mit den ersten 7 Gruppen Offener Ganztagsgrundschule ist der Einstieg in ein Angebot gemacht. Ich will optimistisch sein, dass die noch freien Plätze in 2007 schnell besetzt werden, wenn sich erst einmal herum gesprochen hat, welch gute Arbeit dort geleistet wird.

Der Erweiterung des Angebots an anderen Schulen stehen wir nicht im Wege, sondern fördern wir, wenn sich entsprechender Bedarf ergibt. Dies gilt ebenso für den Aufbau eines Betreuungsnetzwerkes außerhalb von Institutionen.

Die Fortschreibung des Schulentwicklungsplans (SEP) ist in 2007 zügig anzugehen, damit Konsequenzen zB durch den gemeindefeindlichen Wegfall der Schulbezirksgrenzen, rechtzeitig im Haushalt 2008 berücksichtigt werden können.

Nicht hinnehmbar ist der Umstand, dass es offensichtlich nach Bericht beider OGS-Träger (DRK, St Josef Stiftung) vermehrt dazu kommt, dass Eltern die Kosten für das Mittagessen nicht übernehmen können oder wollen, weil die Kosten eh schon sehr hoch sind. Hier ist Klärungs- und mitunter Handlungsbedarf. Die Verwaltung wird gebeten hier zu recherchieren und den Rat zu Beginn des Jahres 2007 zu informieren. Gegebenfalls müssen der JugendhilfeA und der ASchuleSoziales hier zu einer Beratung zusammen kommen.

Das bedarfsgerechte Angebot an Kindergartenplätzen ist gegeben, das Angebot für U3 Kinder ist in Arbeit. Insofern ist Wipperfürth gerüstet .

Wenngleich in der derzeitigen Haushaltssituation die Stadt selbst leider nicht unmittelbar auf die Erhebung von Elternbeiträgen verzichten kann, so ist es ein anzustrebendes Ziel einer familienfreundlichen Stadt mindestens das letzte Kindergartenjahr Gebührenfrei zu gestalten.

Mit Kirchen, Vereinen, Verbänden und den Unternehmen sollten wir in 2007 den Prozess eines "lokalen Bündnisses für Familien" angehen.

Schaffen wir ein Wohlfühlklima für Familien in Wipperfürth. Fühlen sich Familien mit Kindern in unsere Stadt wohl, so ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass dies dann auch Generationenübergreifend im Alter gilt.

Bürgerschaftliches Engagement - Rückgrat der Gesellschaft

Rückgrat und Bindeglied unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens in Wipperfürth sind und bleiben die zahlreichen Vereine mit den vielen hundert ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern.
Ob im Sport, im Sozialen, künstlerischen oder musischen Bereich, es gibt keinen Bereich, der ohne Ehrenamt funktionieren würde und bezahlbar bliebe.

Zurecht, sehr geehrter Herr Forsting, sprechen sie dies auch in ihrer Einbringungsrede an. Es ist ihnen allerdings ans Herz zu legen, dass sie diesen richtigen Gedanken der Würdigung und Förderung des Ehrenamtlichen Engagement dann auch in den Zielformulierungen einiger Produktbereiche entsprechend deutlich machen. Und wenn sie die an manchen Stellen des Haushaltsplanes formulierte Ziellyrik (in der Beschreibung von Selbstverständlichkeiten) weglassen, wird der Haushalt dadurch noch nicht einmal umfänglicher, aber gehaltvoller und aussagekräftiger.

Wir hoffen im Sinne der Bürger, unseres Haushalts und eben auch der

Bürgerstiftung, dass das Projekt Halle 8 in 2007 seiner Vollendung entgegenstrebt. Über das aktuelle Nutzungskonzept, sowie die in Folge des Baustopps verursachten Mehrkosten erwarten wir eine Information im HFA zu Beginn des Jahres.

Natürlich ist auch der Erhalt des Walter-Leo-Schmitz-Bades ein Beispiel bürgerschaftlichen Engagements. Nur noch einmal zur Klarheit:
Die SPD, und ich denke auch der gesamte Rat, steht zur Entscheidung das Bad zu erhalten. Dass wir nicht locker lassen dürfen das selbst gesetzte Ziel der Reduzierung des Jahresfehlbetrages zu erreichen, ist selbstverständlich.

Schlussbetrachtungen

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren. Ich komme zum Schluss.
Die SPD Fraktion sieht in dem begonnenen Prozess, unter der Überschrift Neues Kommunales Finanzmanagement, eine Grundlage für gemeinsame Anstrengungen in die richtige Richtung in der Zukunft.
Wir erhoffen und erwarten, dass mit NKF und der Vorlage der geprüften Eröffnungsbilanz die Informationen noch verbessert und als Entscheidungsgrundlage lesbarer werden.

Stichworte zukünftiger Diskussionen sind auch: Kennziffern für die Betriebskosten der Immobilien, Interkommunale Vergleiche, aber auch weitere Möglichkeiten zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit zu nutzen.

Wenn es so ist, dass unsere eingebrachten Vorschläge zum Haushalt 2007 , insbesondere was die Schwerpunkte „ Perspektiven für Familien und l(i)ebenswertes Wipperfürth“ angeht“, weitestgehend auch von der derzeitigen Mehrheitsfraktion als gut bezeichnet werden, so frage ich nicht, was haben wir falsch gemacht, sondern freue mich, ob der Lernfähigkeit der CDU, zu erkennen, dass es gute Vorschläge für eine positive Entwicklung unserer

Stadt auch und gerade von „den Roten" gibt. Wir wollen daher einer breiten Mehrheit für den Haushalt nicht im Wege stehen.

Seien Sie gewiss, die SPD-Fraktion wird es auch in Zukunft an konstruktiver Mitarbeit nicht mangeln lassen. Verweigerungspolitik ist, war und wird niemals die Maxime unseres Handelns sein.
Wir werden, ungeachtet der Mehrheitsverhältnisse, unsere Ideen und Vorstellungen in die politische Diskussion einbringen und für Mehrheiten kämpfen.

Wir erwarten allerdings eine konstruktive Streitkultur, die vorurteilsfrei und ohne dogmatische Schere im Kopf, andere Meinungen respektiert und guten Ideen eine Chance auf Verwirklichung einräumt.
Vom Bürgermeister und seiner Verwaltung erwarten wir eine offene und ehrliche Informationspolitik gegenüber dem gesamten Rat.

Lassen Sie uns gemeinsam für das Markenzeichen Wipperfürth arbeiten, damit Wipperfürther wie Auswärtige von ihrer Stadt sagen:

Hier kann man gut und preiswert in natürlicher Umgebung wohnen
Hier bekommt man Arbeit
Hier sind Kinder willkommen
Und hier lässt sich gut und in angenehmer Atmosphäre einkaufen

Ich bedanke mich bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen und Ihren Familien eine frohe und besinnliche Weihnachtszeit und für 2007 vor allem Gesundheit.
Frank Mederlet 19.12.2006

UWG-Fraktion
Harald Koppelberg

Anlage 3

HS 2007
Zwei Silberstreifen am Horizont ?
Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,
GFG und NKF,
zwei Projekte, die unseren Haushalt 2007 maßgeblich bestimmten.

Das GFG, oder sollte ich es besser aussprechen ?
Das Gemeinde-Finanzierungs-Gesetz hat den wesentlichen Anspruch, das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden zu stärken.
Die Umsetzung weist jedoch anderes auf.
So wurde frühzeitig klar, das ein prozentueller Finanzausgleich der Kommunen, deren Schüler z.B. die Wipperfürther Schulen besuchen, gestrichen wurde.
Ebenso die Veränderung der Verbundmasse, die faktisch rückläufig ist.
Die Zuweisungpraxis des Landes NRW an seine Kommunen ist ein Spiegelbild der Politischen Beachtung der kommunalen Aufgaben.
Die Folge immermehr HSK und Nothaushalte.
Steigen die Ausgaben der Kreise für soziale Leistungen und sinken gleichzeitig Zuweisungsbeiträge, so hat dies autom. die Anhebung der Kreisumlage zur Folge.
Ein weiterer Punkt ist die Anhebung des kommunalen Anteils von 20 auf 40% an der landesweiten Krankenhausfinazierung.
Die Reduktion des Landesanteils an der Finanzierung der Kindertagesstätten, ergeben Mehrbelastungen in den Städten und deren Elternanteile.
Die Sachverhalte ließen sich noch weiter auflisten, wo öffentliche Institutionen Sich zu lasten einer anderen öffentlichen Institution sanieren möchte.
Es ist keine große Weisheit, das am Ende der Funktionskette die Kommune und ihre Mitglieder, der Bürger ist.

Fersprechen und Ankündigungen die auf Bundes- und Landesebene ausgerufen und umgesetzt werden, sind immer durch kommunale Anteile mitfanziert.
Ein typ. Beispiel:
Da wird die offene Ganztagsschule in das Leben gerufen und eine Anschubfinanzierung (Förderung) gewährt, die anschließenden Betriebs-, Lohn- und Unterhaltungskosten bleiben in der Kommune zusätzlich hängen.Derzeitig sind dies **ca. 123 TS€**

Die Hartz IV-Gesetze und ihre Folgen, die ARGE und die Kosten der Neugestaltung bringen derzeitig eine finanzielle Mehrbelastung.

Es ist müßig sich in diesen doch überregional bestimmten Fakten zu ereifern.

Das NKF, also das Neue Kommunale Finanzierungsmanagement führt uns auf unsere eigene Bühne zurück.
Die Umstrukturierung der Verwaltung von Wipperfürth hat seinen Ursprung im KGST und erlebt die Fortsetzung in der Anpassung an das NKF.

Es wird den einen oder den anderen geben, der sich wohl fragen mag, wo denn die Mitwirkung der Politik ist ?

Nun die gibt es in Wipperfürth so gut wie garnicht. Die Politik ist in die Statistenrolle gedrängt.

Workshops und Arbeitskreise, die Verwaltungsstrukturen, Produkte und Bewertungsregeln

besprechen, wirkten ohne die Mitwirkung der Politik.

Dies ist aus Sicht des Bürgermeisters wohl vertretbar, lässt es doch die Distanz zum Neu gestalteten, bestehen.

Es ist ja menschlich, das dieser Umbruch per Gesetz erstmalig ein ungeliebtes Projekt ist.
Je mehr sich aber wir Alle mit diesen Strukturen und Verfahren beschäftigen, lernen wir diese auch als Chance kennen, Altes neu aufzubrechen und zu gewichten.

Der vielfach erwähnte Charakter des NKF`s ist ja, das uns Bürger nun Schwarz auf Weiss die Einnahmen und Ausgaben, das Vermögen und deren Verzehr präsentiert wird.

Die Eröffnungsbilanz, ein wesentliches Element zur Neubewertung der Kommunen, führt sie doch auch in Wipperfürth zur Entlassung aus dem HSK.

Und dies laut Entwurf für 2007 und 2008.

Wir alle können uns freuen, wird doch durch diesen Kunstgriff unsre Politische Gestaltungsfreiheit wiedergewonnen.

Doch eine Freiheit für was, unsre Schulden und Fehlbeträge werden dadurch nicht weniger.

Es ist daher löblich, das die Verwaltung und unser BM die Entscheidungsfreiheit nicht lockern und den gestrengen Konsolidierungsrahmen nicht ändern will.

Meine Damen und Herren,
so komme ich von der allgemein gültigen Politik
zu unsren **kommunalen Plattform.**

Und hier sind wir die Kommunalpolitik gefordert.

Sie Herr BM haben in Ihrer Rede zur Einbringung des Haushaltes 2007 ihre Vorstellungen zur Entwicklung von Wipperfürth vorgestellt

Und uns aufgefordert doch jetzt mitzuwirken, bei dem gemeinsamen Ziel Wipperfürth in eine bessere Zukunft zu führen.

Sie Herr Forsting forderten uns auf Vorschläge vorzubringen und Prioritäten zu setzen.

Nun die UWG schlägt vor die interkommunale Zusammenarbeit in kleinen Schritten anzugehen.

Im Haushalt sind die Anschaffungen mehrerer Fahrzeuge bzw. Geschäftsausstattungen vorgesehen.

In Publikationen wird mehrfach auf den Vorteil von Käufergemeinschaften angeregt.
Dies könnte z.B. der gemeinsame Auftritt als Käufer für das notwendige Auto sein.

In anderen Städten geht man sogar soweit, das die Fahrzeuge von den örtlichen Stadtwerken

geleast werden.
Diese Ideen fehlen uns in den Ausführungen zum Haushalt.

Ferner ist die Anschaffungen einer neuen Heizungsanlage in der Realschule vorgesehen.
Hier stellen wir den Antrag zu klären, ob und wann eine weitere Heizung in einer unserer Schulen notwendig ist und oder ob nicht in Gänze ein Projekt ENERGIBEDARFREGELUNG-Mühlenberg sinnvoll ist.
Dies erhöht den Kostenumfang, erbringt aber auch eine bessere Marktposition.
Die Bündelung von Auftragsvolumen ließe sich auch mit einer weiteren Kommune gestalten.

Ich spreche also nicht von einer kommunalen Zusammenarbeit, die einen Gewinner und Verlierer hervorbringt, nein vielmehr soll hier eine **WIN-WIN** Lösung geschaffen sein.

Dieser Ansatz von gemeinsamer Anschaffung ließe sich auf einige planmäßigen Anschaffungen fortführen.

Sie lassen sich aber auch bei Gewerke von Dienstleistungen gestalten.

Die Telekommunikationstechnik, die Kundenverträge mit Telekom und Handyprovider, dies alles kann in kleinen Schritten zu Gemeinsamkeiten in der nachbarschaftlichen Zusammenarbeit führen und gleichzeitig einen wirtschaftlichen Erfolg für beide erbringen.
Mal koordiniert die Stadt Wipperfürth eine gemeinsame Ausschreibung und im anderen Fall wird sie durch die Nachbarstadt gestaltet.

Damit aber nicht genug, die Energie und ihre Kostensteigerung wird noch zu einem Hauptthema.
Wissen wir doch alle, das die Betriebskosten inzwischen als eine zweite Miete im Privaten gesehen wird.
In Deutschland gibt es, oder gab es sogar Minister, die von einer Kostensteigerung von 30% sprachen.

Somit müssen wir uns heute und nicht morgen dem Thema nähern.
Die Gemeinde Lindlar ist hier als Beispiel erwähnt, sie ging jüngst her und kündigte alle Gaslieferungsverträge und schrieb sie NEU aus.
Man kann dies als Tarifanpasung werten, ist aber trotzdem ein Beispiel, wie man der Energiekostensteigerung entgegentreten kann.

Wir glauben, das auch hier Spielräume des Marktes in der Zukunft genutzt werden müssen, und Sentimentalitäten auch fehl am Platze sind.

Ferner verweisen wir auf den **Zuschußbedarf von 34.100€** beim Denkmalschutz.
Dies kann keine Entwicklung auf Dauer sein, wenn doch die Wege, die zum Denkmal führen könnten, nicht mehr begehbar sind. Der Hinweis auf den Brief der Gastronomie sei gestattet.

Die UWG meint, das wir in Zukunft noch mehr die Abwägung der Kosten gestalten müssen.
Nicht jede Ausgabe, die wünschenswert ist, ist auch sinnvoll.

Eine wesentliches Augenmerk der UWG wird sein, einen Beitrag in die Investition unserer Kinder zu leisten.
Wir sind der Meinung, das bei aller Sparwilligkeit die Vorsicht in den Entscheidungen geboten ist, die die Entwicklung vor und in der Schule beeinflussen.

Zum Ende meines Vortrags möchte ich auf die Anträge der UWG verweisen, die lediglich ein Schritt in die Richtung des kostenbewußten Handeln sein soll.
Hier werden zwar nicht Millionen eingespart, aber bevor ich an der sogn. Personalschraube drehe, sind doch Sachausgaben zu gestalten.

Bevor ich nun das Pult verlasse, wünsche ich Ihnen ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein Gutes Neues Jahr.

Die UWG wünscht Allen ein Gute Entscheidung und ein geschicktes Handeln in 2007.

Apropos Handeln, Herr Bürgermeister meine geschätzten Ratskollegen, da war doch noch was:

In der Vergangenheit wurde oftmals von Sitte, Anstand und Werte gesprochen!
Wie wäre es denn Herr Bürgermeister, wenn wir als Neu-Jahrs-Gabe allen Ratsmitgliedern einen neuen Knigge reichen.
Denn über Werte reden und nicht leben hat doch wenig Sinn.
Die Hoffnung die ich damit verbinde, soll sich in dem Umgang mit dem politisch Andersdenkenden niederschlagen, denn allzu häufig ist dies selbst hier im Rat kritikwürdig.

Nun Genug meiner Worte, ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!!!

Anlage 4

Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen

Ursula Neuhaus
Stadträtin

Haushalt 2007

Trotz höherer Steuereinnahmen gibt es eine höhere Kreisumlage, dafür hat der Landschaftsverband die Umlage gesenkt, wir werden 2007 mit 9 Mio. Gesamtfehlbedarf rechnen müssen, der sich bis 2010 mehr als verdoppelt auf fast 23. Mio.

Da fällt es natürlich schwer, bei der Verabschiedung des Haushaltes Forderungen aufzustellen, die letzten Endes nur zu einer geringen Einsparung führen werden.

Ich will mal mit dem Punkt anfangen, der uns am meisten am Herzen liegt. Und zwar sind das die Kinder, die nächste und folgenden Generationen. Und da möchte ich auf die nicht vorhandenen Schulpsychologen kommen, die aber letztendlich Kosten nicht nur verursachen, sondern auch sparen. Da wir ein eigenes Jugendamt haben, wäre zu überlegen, was ein Heimplatz für ein Kind kostet im Verhältnis zum Gehalt eines Schulpsychologen.

Nur als Beispiel: bei uns gibt es 1 auf 12.500 Schüler,
in Skandinavien 1 auf 1.000, sogar in Russland 1 auf 1.000.

Hier muss einfach ein Umdenkungsprozess stattfinden, das noch vorhandene Geld muss in das Leben investiert werden, nicht in irgendwelche toten Straßenbauprojekte. Diese ziehen Folgekosten nach sich, während Investitionen in Kinder Folgekosten sparen werden.

Dabei ist an die Alterspyramide zu denken, die sich in den nächsten 20 Jahren auf den Kopf stellen wird. Das wird auch den Verkehr verringern. Das ist das zweite wirklich wichtige Thema, dass uns am Herzen liegt, wir müssen darauf vorbereitet sein. Wir sollten überlegen, was das für unsere Stadt bedeuten wird, welche Schulen möglicherweise geschlossen werden können oder müssen. Und das sollten wir heute überlegen, weil Investitionskosten gezielter einzusetzen sind.

Ich weiss, dass ist ein Thema, das hier nicht gern gehört wird, dennoch kann ich nicht sehen, wo ausgerechnet bei uns noch Wachstum herkommen soll. Wir können froh sein, wenn die Stadt nicht schrumpft, in den Kirchdörfern nehmen die Zahlen der Schüler ja doch schon ab. Und da können wir nicht, wie jetzt bei den Kindergärten, Plätze für unter 3jährige schaffen, weil die mehr zählen. Hier kommt uns das ja gerade gelegen, dass wir keine neuen bauen müssen. Im Jahr 2020 wird es doppelt so viele Altersdemenzkranke geben wie heute, wohin können die? Dieses und vieles mehr muss man planen, da kann man nicht einfach abwarten.

Deshalb beantrage ich, entweder einen Ausschuss Demografie zu gründen, oder zumindest dieses Thema einem vorhandenen Ausschuss anzugliedern.

Und wenn man hört, dass sich 60 % der Bevölkerung Sorgen um den „Umweltschutz" – was in erster Linie den Klimaschutz angeht – machen, dann sollte uns klar sein, worum wir in unserer Kommune uns kümmern müssen. Dafür sind zwar einige Gelder bis 2010 eingeplant, u.E. aber immer noch zu wenig. Letztendlich sind diese Gelder gut investiert, weil sie Verbrauchkosten senken.

Der allgemeine Klimaschutz, die Reduzierung der CO2 Emissionen, sollte weiterhin im Blickfeld der Kommune stehen. Klimaschutz ist heutzutage nicht mehr nur unter ökologischen Gesichtspunkten zu betrachten, sondern auch unter ökonomischen Gesichtspunkten. Bei den weiter steigenden Energiekosten die pure Notwendigkeit, damit die Kommune auch langfristig ihre Gebäude erhalten kann und nicht nachher im kalten sitzt. Da haben wir auch eine Vorbildfunktion für die Bürger. Es ist unser aller Aufgabe, die Bürger von der Notwendigkeit zu überzeugen, dass überall noch Einsparpotentiale genutzt werden müssen.

Das WLS Bad sollte weniger Verlust einfahren. Das ist ja eine Forderung, die wir schon gemeinsam aufgestellt hatten. Ich frage mich jedoch, wie das gewährleistet werden kann, wenn es nun vorläufig doch kein BHKW geben wird. Die BEW teilt in ihrem letzten „Blickpunkt" mit, dass sich BHKW sogar für den kleinen Haushalt lohnen. Soll ich daraus schliessen, dass es nur eine Verzögerungstaktik der BEW ist, wenn kein BHKW gebaut wird, um 1 Jahr oder länger teuren Strom zu verkaufen? Mit Rapsöl hätte es sicher mehr Ersparnis gegeben als mit Gas, aber selbst das würde noch Kosten sparen.

Für 2007 sind lediglich 40.000 angesetzt, für 2008 66.000 für Heizungserneuerung, die durch die Landes Sportpauschale finanziert werden. Wenn wir sonst nichts investieren, wie soll dann weniger Verlust eingefahren werden?

Dann haben wir das vorliegende GMA-Gutachten. Jetzt soll weiteres Geld für ein neues Gutachten ausgegeben werden. Warum kann man stattdessen nicht einfach mal den Versuch wagen, die Durchfahrt durch die Untere Straße oder die Marktstraße am Wochenende sperren? Wenn Markt ist, kann auch die Marktstraße nicht befahren und der Marktplatz nicht zugeparkt werden, und trotzdem kommen die Leute.

Die Aussagen des Bürgermeisters zur weiteren Stadtentwicklung waren doch etwas mager, wo sind die Ideen? Wie wird die Stadt in 20 oder 50 Jahren aussehen? Wo ist die Innovation, die nachher zur Umsetzung ja doch noch eine ganze Weile braucht? Sollte der zurückgetretene Wirtschaftskoordinator Recht haben mit seiner Aussage: „In Wipperfürth fehlen Führungspersönlichkeiten".

Momentan sind einige Firmengelände frei in der Stadt und auch außerhalb, da kann der 3. Bauabschnitt des Gewerbegebiets Klingsiepen u.E. weiter in die Zukunft verschoben werden. Das hat ja selbst der Gutachter im Wirtschaftsforum gesagt, dass wir nicht damit rechnen können, Firmen von ausserhalb hier anzusiedeln.

Wenn wir weiterhin stolz auf unsere „Schulstadt" sein wollen, müssen wir das auch weiter fördern. Durch die Arbeit mit dem Wasserquintett ist uns ja noch mal bewusst geworden, wie schön und einzigartig die oberbergische Landschaft mit den Talsperren ist. Vielleicht fällt uns zu dem Begriff „älteste Stadt des Bergischen Landes" ja auch noch eine positive Werbung für die liebenswerten Bewohner dieser Stadt ein. Und möglicherweise auch noch, wie man für eine Innenstadt ohne Autos werben kann, was nicht nur den Geschäften, sondern auch den Leuten, die einkaufen wollen, das Leben leichter macht.

1.5.2 XXII. Änderungssatzung zur Straßenreinigungs- und Gebührensatzung der Stadt Wipperfürth
Vorlage: V/2006/135/1

Beschluss:

Die XXII. Änderungssatzung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Wipperfürth sowie die dieser Satzung zugrunde liegende Gebührenbedarfsermittlung für das Haushaltsjahr 2007*) werden in der beiliegenden Fassung mit Wirkung vom 01.01.2007 beschlossen.

*) siehe Anlage zur Beschlussvorlage

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich

****

Innerhalb des I. Nachtrags zur Einladung war dem Stadtrat eine Anfrage des Ratsherrn Koppelberg zu diesem Tagesordnungspunkt und mit dem III. Nachtrag (Tischvorlage) die Antwort der Verwaltung hierauf zugegangen.

****

Ratsherr **Koppelberg** kündigt die Ablehnung der Satzung durch seine Fraktion an. Zum einen sei in der Haupt- und Finanzausschusssitzung am 05.12.2006 die Berücksichtigung seiner Vorbehalte in der Satzung zugesagt worden. Dem gegenüber sei das Straßenverzeichnis jedoch nicht entsprechend angepasst worden. Die zusätzliche Gebühr der betroffenen Anlieger werde ihnen zum Teil zu Unrecht aus der Tasche gezogen, während die eigentliche Ursache für die starke Verschmutzung der Beverstraße nicht beseitigt werde. Er bemängelt überdies, dass die Antwort der Verwaltung nicht bereits rechtzeitig zur Beratung in den Fraktionen vorgelegen hat.

Stadtkämmerer **Orbach** erklärt, die Verwaltung habe in der HFA-Sitzung lediglich zusätzliche Erläuterungen zur Notwendigkeit der maschinellen Reinigung der Beverstraße angekündigt, aber keine Änderung ihres Satzungsentwurfes.

Anlage:
XXII. Änderungssatzung zur Straßenreinigungs- und Gebührensatzung

Anlage zu TOP 1.5.2

XXII. Änderungssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Wipperfürth (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung)

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S.666/SGV NW 2023), zuletzt geändert durch Gesetz vom 03.05.2005 (GV NRW S. 498), der §§ 3 und 4 des Gesetzes über die Reinigung öffentlicher Straßen (StrReinG NW) vom 18. Dezember 1975 (GV NRW S. 706/SGV NW 2061), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. April 2005 (GV NRW S. 274) und der §§ 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) vom 21. Oktober 1969 (GV NRW S. 712/SGV NW 610), zuletzt geändert durch Gesetz vom 05.04.2005 (GV NRW S. 274) und VO vom 28.04.2005 (GV NRW S. 488) hat der Rat der Stadt Wipperfürth in seiner Sitzung am .....2006 nachstehende XXII. Änderungssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Wipperfürth (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) beschlossen:

Artikel I

Die Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Wipperfürth (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 27. März 1980, zuletzt geändert durch die XXI. Änderungssatzung vom 15.12.2006, wird wie folgt geändert:

1. **§ 5 Absatz 5 Satz 1 (Gebührenmaßstab und Gebührensatz)**
   erhält folgende Fassung:

   „*Bei einer bedarfsmäßigen, mindestens aber 14-tägigen Reinigung beträgt die Benutzungsgebühr je Meter Grundstücksseite (Abs. 1-4) jährlich* ***1,79 Euro.***

   Für die Winterwartung wird zusätzlich eine Benutzungsgebühr je Meter Grundstücksseite (Abs. 1-4) von jährlich ***1,87 Euro***

   erhoben.“

2. Das Straßenverzeichnis, das gemäß § 2 Abs. 1 letzter Satz Bestandteil der Satzung ist, wird bezüglich der Egener Straße und Ente neu gefasst:

Straßenverzeichnis gemäß § 2 Abs. 1 der Straßenreinigungs- und Gebührensatzung der Stadt Wipperfürth

	Reinigungspflichtige innerhalb der geschlossenen Ortslagen		
Straßenverzeichnis Wipperfürth	Reinigung der Gehwege soweit vorhanden (Sommerreinigung und Winterdienst)	Fahrbahnreinigung Sommer	Fahrbahnreinigung Winterdienst
Egener Straße	Anlieger	Stadt	Stadt/ Landesbetrieb Straßen NRW (K 18)
Ente	Anlieger	Anlieger (außer OD B 506)	Stadt
Niederengsfeld	Anlieger	Anlieger	Anlieger

Artikel II

Diese XXII. Änderungssatzung zur Straßenreinigungs- und Gebührensatzung der Stadt Wipperfürth tritt am 01.01.2007 in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende XXII. Änderungssatzung zur Straßenreinigungs- und Gebührensatzung der Stadt Wipperfürth wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen beim Zustandekommen der Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann. Es sei denn,

a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß bekannt gemacht worden,
c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
d) der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Wipperfürth vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Wipperfürth, den 2006

(Guido Forsting)
- Bürgermeister -

1.5.3 VII. Änderungssatzung der Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Wipperfürth
Vorlage: V/2006/136

Beschluss:

Die VII. Änderungssatzung der Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Wipperfürth (Weststraße, Hindenburgstraße, Lüdenscheider Straße, Agathaberg, Egen, Klaswipper, Kreuzberg, Thier und Wipperfeld) sowie die dieser Satzung zugrunde liegende Gebührenbedarfsermittlung für das Haushaltsjahr 2007*) werden in der beiliegenden Fassung (Anlage 1) mit Wirkung vom 01.01.2007 beschlossen.

*) siehe Anlage zur Beschlussvorlage innerhalb der Einladung

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Anlage:
VII. Änderungssatzung zur Friedhofsgebührensatzung

Anlage zu TOP 1.5.3

VII. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Wipperfürth (Weststraße, Hindenburgstraße, Lüdenscheider Straße, Agathaberg, Egen, Klaswipper, Kreuzberg, Thier und Wipperfeld) vom 2006

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NW. S. 666/SGV NW 2023), zuletzt geändert durch Gesetz vom 03.05.2005 (GV. NRW. S. 498) und der §§ 1, 2 und 4 bis 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NW) vom 21.Oktober 1969 (GV. NRW. S. 712/SGV NW 610), zuletzt geändert durch Gesetz vom 05.04.2005 (GV NRW S. 274) und VO vom 28.04.2005 (GV. NRW. S. 488) hat der Rat der Stadt Wipperfürth in seiner Sitzung am .....2006 nachstehende VII. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Wipperfürth beschlossen:

Artikel I

Die Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Wipperfürth vom 15.12.1999 in der Fassung der VI. Änderungssatzung vom 08.02.2006 wird wie folgt geändert:

§ 4 Höhe der Gebühren erhält folgende Fassung:

§ 4 Höhe der Gebühren erhält folgende Fassung:

"1. Gebühren für die Verleihung von Nutzungsrechten an Grabstätten

a) Für die Verleihung von Nutzungsrechten an Grabstätten werden je

aa) Wahlgrabstelle und Jahr Gebühren in Höhe von **50,00 €**
erhoben.

Über den Nutzungszeitraum von 30 Jahren ergeben sich folgende Gebühren

(1)	Wahlgrabstelle einstellig	**1.500 €**
(2)	Wahlgrabstelle zweistellig	**3.000 €**
(3)	Wahlgrabstelle dreistellig	**4.500 €**
(4)	Wahlgrabstelle vierstellig	**6.000 €**

Die Gebühr für jede weitere darüber hinausgehende Grabstelle ergibt sich aus der Multiplikation der Gebühr für eine einstellige Wahlgrabstelle mit der Anzahl der gewünschten Stellen.

b) Für die Verleihung von Nutzungsrechten an anderen Grabstätten werden für den in Klammern beigefügten Nutzungszeitraum folgende Gebühren erhoben:

ba)	Reihengrabstelle (Nutzungsdauer 30 Jahre)	**1.140 €**
bb)	Kindergrabstelle (Nutzungsdauer 25 Jahre)	**625 €**
bc)	Urnenwahlgrabstelle (Nutzungsdauer 20 Jahre)	**760 €**
bd)	Urnenreihengrabstelle (Nutzungsdauer 20 Jahre)	**600 €**
be)	Anonymes Urnengrab (Nutzungsdauer 20 Jahre)	**600 €**
bf)	Aschengrabfeld nach § 17 (Nutzungsdauer 20 Jahre)	**600 €**

c) Bei Neuerwerb und Verlängerung von Nutzungsrechten sind die §§ 11 und 15 der Friedhofssatzung der Stadt Wipperfürth zu beachten.

2. Bestattungsgebühren

a) Für das Ausheben und Wiederverfüllen der Gräber (§ 10 Abs. 1 Friedhofssatzg. der Stadt Wipperfürth) werden folgende Gebühren erhoben:

aa)	Erdbestattung	**427 €**
ab)	Erdbestattung von Personen bis zum 5. Lebensjahr	**341 €**
ac)	Urnenbestattungen	**284 €**
ad)	Aschenbestattungen (§ 17 der Satzung)	**228 €**

b) Für Umbettungen nach § 12 der Friedhofssatzung der Stadt Wipperfürth werden folgende Gebühren erhoben:

ba)	Umbettungen Erdgrabstellen	**1.138 €**
bb)	Umbettungen Kindergrabstellen	**683 €**
bc)	Umbettungen Urnengrabstellen	**569 €**

c) Die Gebühren für die Herrichtung der Grabstätten nach § 26 Absatz 5 Satz 2 und Absatz 6 der Friedhofssatzung der Stadt Wipperfürth betragen für

ca)	Herrichtung einer Wahlgrabstätte	**142 €**
cb)	Herrichtung eines Reihengrabes	**142 €**
cc)	Herrichtung eines Kindergrabes	**114 €**
cd)	Herrichtung eines Urnenwahlgrabes	**114 €**
ce)	Herrichtung einer Urnenreihengrabstätte	**114 €**

3. <u>Hallenbenutzungsgebühren</u>

Für die Benutzung der Hallen und Zellen werden folgende Gebühren erhoben:

a) Trauerhallen

aa)	Trauerhalle Westfriedhof	**299 €**
ab)	Trauerkapelle Wipperfeld	**90 €**

b) Leichenzelle **165 €**

c) Kühlzelle (Westfriedhof) **413 €**

4. <u>Gebühren für das Abräumen von Gräbern</u>

a) Nach Ablauf der Ruhe- bzw. Nutzungszeit gem. § 25 Absatz 2 der Friedhofssatzg. der Stadt Wipperfürth werden folgende Gebühren erhoben

aa)	Wahlgrab	**213 €**
ab)	Reihengrab	**213 €**
ac)	Kindergrab	**171 €**
ad)	Urnenwahlgrab	**171 €**
ae)	Urnenreihengrab	**171 €**

b) Vor Ablauf der Ruhezeit werden die Gebühren nach Ziffer 4 lit. a) erhoben. Zusätzlich wird zur Deckung der Kosten der weiteren Grabpflege bis zum Ablauf

der Ruhe-/Nutzungszeit pro Jahr und Grabstelle eine Gebühr erhoben, die mit der Abräumung fällig wird. Bei der Berechnung der Gebühren wird auf volle Jahre aufgerundet. Die Gebühr beträgt pro Grabart und Jahr

ba)	Wahlgrab einstellig	**50 €**
bb)	Wahlgrab zweistellig	**100 €**
bc)	Wahlgrab dreistellig	**150 €**
bd)	Wahlgrab vierstellig	**200 €**
be)	Wahlgrab mehr als vierstellig/Stelle/Jahr	**50 €**
bf)	Urnenwahlgrab	**38 €**
bg)	Reihengrab	**38 €**
bh)	Kindergrab	**25 €**
bi)	Urnenreihengrab	**30 €**

5. <u>Genehmigungsgebühren für die Aufstellung, Veränderung von Grabmalen, Einfassungen und Grababdeckungen</u>

Die Genehmigungsgebühr nach §§ 21 - 24 enthält auch die Kosten der regelmäßigen Standsicherheitskontrollen durch die Friedhofsverwaltung.

Sie beträgt pro Genehmigungsfall **55 €** .

Bei Ablehnung eines Genehmigungsantrages wird ein reduzierte Gebühr in Höhe von **29 €** erhoben."

Artikel II

Diese VII. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für Friedhöfe der Stadt Wipperfürth tritt mit Wirkung vom 01.01.2007 in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung:

Die vorstehende VII. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Wipperfürth wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres nach dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,

b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß bekannt gemacht worden,

c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder

d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Wipperfürth vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Wipperfürth, den ……2006

(Guido Forsting)
- Bürgermeister -

1.5.4 X. Änderungssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Wipperfürth
Vorlage: V/2006/145/1

Beschluss:

Die X. Änderungssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Wipperfürth in der als Anlage 1 beigefügten Fassung sowie die dieser Änderungssatzung zugrunde liegenden Gebührenbedarfsberechnungen (Anlagen 2 und 4 *)) werden beschlossen.

*) siehe Anlagen zur Beschlussvorlage

Abstimmungsergebnis: einstimmig

****

Bürgermeister **Forsting** teilt mit, ihm sei aus den Fraktionen übereinstimmend zugetragen worden, dass gegenüber dem Verwaltungsvorschlag hinsichtlich der in der Kalkulation enthaltenen Verteilungsschlüssel jetzt kurzfristig keine Änderung beschlossen werden sollte. Vielmehr werde sich im Januar nächsten Jahres der vom Betriebsausschuss eingesetzte Arbeitskreis treffen und darüber grundsätzlich diskutieren.

Anlage:
X. Änderungssatzung

Anlage zu TOP 1.5.4

X. Änderungssatzung
zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Wipperfürth vom __.__.2006

Aufgrund des §§ 7, 8 und 9 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.Juli 1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 03. Mai 2005 (GV NRW S. 498), der §§ 1, 2, 4, 6 bis 8 und 10 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) vom 21.Oktober 1969 (GV NRW S. 712), zuletzt geändert durch Gesetz vom 05. April 2005 (GV NRW S. 274) und Verordnung vom 28. April 2005 (GV NRW S. 488) und des § 65 des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LWG NRW) vom 25. Juni 1995 (GV NRW S. 926), zuletzt geändert durch Gesetz vom 03. Mai 2005 (GV NRW S. 463 ff.) hat der Rat der Stadt Wipperfürth in seiner Sitzung am 19.12.2006 folgende X. Änderungssatzung beschlossen:

Artikel 1

Die Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Wipperfürth vom 09.11.1995 in der Fassung der IX. Änderungssatzung vom 15.12.2005 wird wie folgt geändert:

1. In **§ 9** (Gebührenmaßstab und Gebührensatz) **Absatz 4** wird **Satz 3** wie folgt neu gefasst:
   „Die Anzahl der für das Grundstück am 30.09. eines Jahres mit Hauptwohnsitz gemeldeten Einwohner ist jeweils Berechnungsgrundlage für den anschließenden Erhebungszeitraum."

2. In **§ 9** (Gebührenmaßstab und Gebührensatz) wird **Absatz 6** wie folgt geändert:
   „Die Benutzungsgebühr beträgt bei einem Anschluss für:
   1. Schmutz- und Niederschlagswasser (Vollanschluss) **4,32 €** / cbm

   (Die Vollanschlussgebühr ergibt sich rechnerisch als Summe der Gebühren für die nachfolgend aufgeführten Teilanschlüsse für Schmutz- und Niederschlagswasser.)

   2. nur Schmutzwasser (Teilanschluss Schmutzwasser) **3,21 €** / cbm

   3. nur Niederschlagswasser (Teilanschluss Niederschlagswasser) **1,11 €** / cbm."

3. In **§ 9** (Gebührenmaßstab und Gebührensatz) wird **Absatz 8** wie folgt geändert:
   „Für Gebührenpflichtige, die in den Fällen des § 7 Abs. 2 KAG von einem Entwässerungsverband (Wupperverband oder Aggerverband) zu Verbandslasten oder Abgaben herangezogen werden, ermäßigt sich die nach den §§ 8 und 9 zu zahlende Benutzungsgebühr für einen Vollanschluss auf **2,67 €** / cbm, für einen Teilanschluss Schmutzwasser auf **1,79 €** / cbm und für einen Teilanschluss Niederschlagswasser auf **0,88 €** / cbm."

4. In **§ 14** (Gebührenmaßstab und Gebührensatz) **Absatz 4** werden die **Ziffern 1 und 2** wie folgt geändert:
   1. für Kleinkläranlagen und abflusslose Gruben

      1,82 € je cbm Abwasser"

   2. für die Entsorgung:

   2.1. einer Kleinkläranlage oder abflusslosen Grube bis 5 cbm Fassungsvermögen

      78,80 € je Ausfuhr

2.2. einer abflusslosen Grube über 5 cbm Fassungsvermögen

9,05 € je cbm abgefahrener Abwassermenge.

Artikel 2

Diese X. Änderungssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Wipperfürth tritt mit Wirkung zum 01.01.2007 in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende X. Änderungssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Wipperfürth wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen beim Zustandekommen der Satzung nach Ablauf eines Jahres nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,

b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,

c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder

d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Wipperfürth vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Wipperfürth, den __.12.2006

(Guido Forsting)
Bürgermeister

1.5.5 Prüfung der Jahresrechnung der Stadt Wipperfürth für das Jahr 2005 Vorlage: V/2006/132

Beschluss:

1.) Nach Prüfung der Haushaltsrechnung 2005 durch den Rechnungsprüfungsausschuss wird diese gemäß § 94 Abs. 1 GO NW wie folgt **festgestellt:**

	Verwaltungs - haushalt	**Vermögens- haushalt**	**Insgesamt**
Soll-Einnahmen	35.272.241,52 €	3.595.868,95 €	38.868.110,47 €
+ Neue Haushalts-einnahmereste	0,00 €	0,00 €	0,00 €
./. Abgang alter Haushaltseinnahme-reste	0,00 €	0,00 €	0,00 €
./. Abgang alter Kasseneinnahmereste	292.303,37 €	0,00 €	292.303,37 €
Summe bereinigte Soll-Einnahmen	**34.979.938,15 €**	**3.595.868,95 €**	**38.575.807,10 €**
Soll-Ausgaben	41.018.997,08 €	3.271.324,20 €	44.290.321,28 €
+ Neue Haushalts-ausgabereste	245.305,69 €	326.480,55 €	571.786,24 €
./. Abgang alter Haushaltsausgabereste	9.080,24 €	1.935,80 €	11.016,04 €
./. Abgang alter Kassenausgabereste	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Summe bereinigte Soll-Ausgaben	**41.255.222,53 €**	**3.595.868,95 €**	**44.851.091,48 €**
Fehlbetrag	**6.275.284,38 €**	**0,00 €**	**6.275.284,38 €**

2.) Der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsausschusses über die Prüfung der Haushaltsrechnung 2005 wird zur Kenntnis genommen und dem Bürgermeister wird gem. § 94 Abs. 1 GO NRW uneingeschränkte **Entlastung erteilt**.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

****

Bürgermeister **Forsting** lässt über die Ziffern 1 und 2 der Beschlussempfehlung getrennt abstimmen.

1.6 Anfragen

1.6.1 Elternbeiträge für den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder; Mederlet, Frank / SPD-Fraktion, vom 07.12.2006 Vorlage: F/2006/012

Die schriftliche Antwort der Verwaltung auf die Anfrage, die Bestandteil der Einladung war, war mit dem I. Nachtrag nachgereicht worden. In der Sitzung wurde sie durch eine zusätzliche Information im Rahmen des III. Nachtrags zur Einladung ergänzt.

Ratsherr **Mederlet** erklärt, die Antwort auf seine Anfrage habe er eigentlich als Bericht der Verwaltung erwartet, der aus Ziffer 2 des entsprechenden Ratsbeschlusses vom 21.06.2006 resultiert. Offensichtlich sei in der Sache eine Koordinierung zwischen den Kindergartenträgern sehr schwierig. Im Ergebnis zeige sich ein uneinheitliches Bild, was die Höhe und Struktur der Elternbeiträge angeht.

Seine Fraktion sei damit einverstanden, dass sich der Jugendhilfeausschuss im Mai 2007 nochmals mit der Angelegenheit befasst und gegebenenfalls eine Änderung der Gebühren empfiehlt.

1.6.2 Sauberkeit der Stadt; Erfahrungen mit der Ordnungsbehördlichen Verordnung Mederlet, Frank / SPD-Fraktion, vom 07.12.2006 Vorlage: F/2006/013

****

Die Anfrage sowie die Antwort der Verwaltung waren Bestandteile der Einladung.

****

Ratsherr **Mederlet** erklärt, die Anfrage resultiere aus dem Beschluss der Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im März 2005. Zugesagt worden sei damals ein Erfahrungsbericht der Verwaltung nach sechs bis neun Monaten. Die Antwort zeige, dass die Einnahmen aufgrund etwaiger Verstöße gegen die Verordnung recht gering seien. Die Diskussion werde nun auch im Arbeitskreis Innenstadt fortgesetzt, der Ausarbeitung eines Konzeptes zur sauberen Innenstadt habe der Rat ja auch in der heutigen Sitzung im Rahmen der Haushaltsverabschiedung zugestimmt.

1.7 Anträge

- entfällt -

1.8 Mitteilungen

1.8.1 Öffnungszeiten des Walter-Leo-Schmitz-Hallenbades und der Sauna Vorlage: M/2006/177

Die schriftliche Mitteilung der Verwaltung war Bestandteil der Einladung. StVD **Wollnik** teilt ergänzend mit, dass abweichend davon die Sauna samstags nicht ab 9.00 Uhr, sondern bereits ab 8.00 Uhr geöffnet ist, zumal sie bereits um 13.00 Uhr geschlossen werde.

2 Nichtöffentliche Sitzung - entfällt -

Guido Forsting - Bürgermeister -	Reinhard Breuer - Schriftführer -